

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboonnementpreis pro Monat inl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4341) vierfach jährlich 1,80 Mk., für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pf. exkl. Versandgebühr.

Chefredaktion:  
Dr. Bruno Schenck.

Inserate werden die 5 gesetzte Petition über deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vergleichszettel 15 Pf. — Schweriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt L. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

## Mehr Schutz dem Bergwerkskapital!

\* Leipzig, 25. August.

Man schreibt uns aus dem Ruhrrevier: Wer diesen Stoff nicht ausstößt, ist einfach ein vaterlandsloser Geselle. Kein Entgegenkommen den Arbeiterwünschen! so liest man in der kapitalistischen deutschen Presse von der Berliner Börse Zeitung an bis zum Provinzialblättchen von irgend eines Unternehmers Gnaden. Die Staatsleitung sagt den Ast ab, auf dem sie sitzt, wenn sie nicht ganz im Sinne der Denkschrift der Ruhrgrubenbesitzer Sozialpolitik betreibt, so zetzen die Staatsräte.

Mit einer bewunderungswürdigen Dreistigkeit ist die Unternehmerpresse dabei, die Zustände in den deutschen Bergwerken so zu schildern, daß der ununterrichtete Zeitungsleser zu dem Schluss kommen muß: Es scheint doch, als wenn die Gefahren des Bergbaues und seine Missstände stark übertrieben würden. Mit Bissernmaterial und amtlichen Gutachten wird hantiert, als ob es keine Leute gäbe, die jene Theaterkünste als solche enthüllen könnten. Und wie leicht ist dies!

Eben liefert uns die Knappschafsstberufsgenossenschaft in ihrem neuesten Bericht wieder die Mittel an die Hand, dem fälschenden Treiben der kapitalistischen Schnobs mit amtlichem Material entgegenzutreten.

Die Berufsgenossenschaft teilt mit, daß 1897 von den 468953 bei ihr versicherten Arbeitern und Arbeiterinnen 5671 entschädigungspflichtige Unfälle erlitten. Davon waren wieder 961 tödlich! Auf 1000 Versicherte entfielen 12,09 entschädigungspflichtige und 2,05 tödliche Unfälle.

Diese Statistik zeigt zum erstenmal seit ihrer Führung (1886) ein Sinken der Unfallziffer an! Darum jubeln die Zeitungsbücher — aber zu früh. Man muß die eigenartige Methode der deutschen bergmännischen Unfallszählung kennen, um zu wissen, daß sie so gut wie wertlos ist für den Laien.

Schon mehrfach haben wir in der Presse darauf aufmerksam gemacht, wie irreführend die Statistik der Knappschafsstberufsgenossenschaft ist. In diese Bählung werden nämlich nicht nur die Bergleute, sondern auch Hüttenarbeiter einbezogen. Aber das wäre noch nicht schlimm, wenn man nur die Unfälle schiede in ober- und unterirdische, dies ist der wunde Punkt der Statistik.

Zur Zeit sind in Preußen — und wie hier auch in den anderen Bundesstaaten — 20—30 Proz. der Arbeiter auf den Steinohlengruben über Tage beschäftigt! Auf diese Arbeiterkategorie entfallen aber nur 7—10 Proz. der Unfälle.

im Steinohlenbergbau überhaupt. Es kann also von einer statistischen Feststellung der wirklichen unterirdischen Betriebsgefahr — auf diese kommt es an — gar nicht die Rede sein, wenn, wie die Berufsgenossenschaft es konsequent thut, die Unfälle summarisch auf die ganze Belegschaft verrechnet werden.

Im Braunkohlenbetrieb sind sogar 56 Proz. der Arbeiter über Tage thätig (Haller Bezirk), im Salzbergbau 31 Proz. (Haller Bezirk), im Erzbergbau 25—50 Proz.; in den Metallhütten fährt niemand unterirdisch an, und doch sind alle diese Versicherungen zusammen geworfen mit den eigentlichen Bergleuten, deren Unfallziffer dadurch natürlich ungemein günstig beeinflußt wird, ohne allerdings die wahre Morbidität und Mortalität der Knappen zu vermindern.

Unsere Unternehmerpresse sagt aber gewiß nichts gegen diese „Statistik“, da man auf Grund dieser amtlichen Bissern so schön „nachweisen“ kann, daß die Bergmannsgefahr nicht steigt, wie die Sozialisten behaupten, sondern fällt.

Und trotz der Berücksichtigung kann man die stärkere Gefährdung der Arbeiterleiber feststellen aus der berufsgenossenschaftlichen Statistik. 1886 erhielten 6,59 Verunglückte pro 1000 Versicherte Entschädigung, 1897 waren es 12,09! Tödlich verunglückten pro 1000: 1886 = 2,13, 1897 = 2,05. Hier ist die Gesamtzahl der Versicherten berechnet. Im Laufe der letzten 10 Jahre ist aber die oberirdische Belegschaft durch Auflage von Separationen, Wäschereien, Werkstätten, Schwelerien etc. bedeutend stärker gewachsen wie die Zahl der Untertagsarbeiter. Infolge der irreversiblen Statistik scheint es also nur so, als ob der tödlichen Unfälle weniger würden. Ein Blick in die Berichte der sächsischen, bayerischen und preußischen Berginspektoren lehrt uns sofort, daß von einem Falle der Todesziffer keine Rede sein kann.

Will man die eigentliche Gefahr der bergmännischen Arbeit in Deutschland kennen lernen, dann darf man sich nur an den Steinohlenbergbau halten. Hier verunglückten 1897 pro Tausend tödlich 2,27 Arbeiter. Speciell im Königreich Sachsen ist die Ziffer 1,49, im Ruhrbezirk 2,544, in Oberösterreich 2,398, in Bayern 2,265. Ueberhaupt entschädigungspflichtig kamen pro Tausend 14,188 Steinohlenbergleute zu Schaden.

Diese Bissern würdigt man erst voll, wenn man weiß, daß 1897 in dem viel tieferen, also natürlich gefährlicheren Steinohlenbergbau Englands pro Tausend 1,40 Todesfälle sich ereigneten. Allerdings, in England kontrollieren die Arbeiter selbst die Gruben, während bei uns dies den Bestand des Staates gefährdet.

Für den ehrlichen Bergwirt steht es aber fest, daß die

ständig zunehmende Decimierung der bergarbeitenden Bevölkerung durch Unfälle kaum ein Vorteil für die Gesamtheit sein kann. Und dabei sind nicht die Massengräber im Bergbau, auch nicht die zahlreichen Einzeltodesfälle durch Stein- und Kohlenfall am meisten verderblich für die Knappenschafsstberufsgenossenschaft. Was am dringendsten für eine radikale Änderung des heutigen Systems spricht, das ist die erhebend an schwelende Krankheitsziffer der Grubenarbeiter. Von Jahr zu Jahr steigt die durchschnittliche Krankenzahl, wie die Journale der Knappenschafsstberufsgenossenschaften ausweisen.

Einige Beispiele nur: Im Waldenburg-Revier erkranken 1887 durchschnittlich pro Hundert 33,82 Knappenschafsstberufsgenossen, 1892 waren es 50,00 und 1896 gar 57,06! Sind das nicht furchtbare Ziffern? Im Görlitz-Grüneberger Revier stieg die Zahl der erkrankten Bergleute in derselben Zeit von 45,32 auf 69,00, im Neuroder-Revier von 18,65 auf 40,90 pro Hundert! Von hundert Ruhrbergleuten wurden 1889 knapp 50,8, sieben Jahre später waren es 56,5. Im Aachener Revier erkranken sogar von 100 Bergleuten 93 (1896)!

Ist es da nicht an der Zeit, die heutige Beaufsichtigung der Arbeitsschutzbestimmungen im Bergbau schärfer zu gestalten? Das Volk geht zu Grunde, weil es mazlos ausgebettet wird, weil die Schutzvorschriften fast lediglich das Papier zieren.

Und noch kommt hinzu die volksverderbende Gleichgültigkeit der Kapitalisten gegenüber solchen Krankheiten, die sich ausbreitend nicht nur die Knappen allein, sondern auch ihre Familie, ja die ganze Bevölkerung unglücklich machen können. Wir erinnern an die Wurmkrankheit (Ankylostomie).

Vor wenigen Jahren kannte man diese schlechende Krankheit noch nicht bei uns, heute hat man allein auf 38 Gruben des Ruhrbezirks den Wurm festgestellt. Da die Feststellung eine äußerst schwierige ist — nach zwei- bis sechsmaliger Untersuchung hat man doch oft noch nicht den Krankheitserreger entdeckt, obwohl er vorhanden ist — so kann man nicht einmal mit Sicherheit annehmen, daß die Ausbreitung des Wurmes ganz bekannt ist.

Was geschieht nun gegen diese? In der Zeitschrift für Bergbau-, Salinen- und Hüttenkunde, dem Organ des preußischen Bergwerksministeriums, wird zwar erklärt, es seien Aufstellung von desinfizierten Abortkübeln und Einrichtung von Einzelbädern bergpolizeilich angeordnet. Aber zum Beispiel auf der Bocke Gustav, deren Schacht am 20. August einstürzte, ist zwar die Wurmkrankheit bei einem Manne der Belegschaft festgestellt, es fehlen aber die

## Seuilleton.

Nachdruck verboten.

### Aquis Submersus.

(In den Flüssen versunken).

Novelle von Theodor Storm.

Als ich auf dem Hünenhügel stand, der hier inmitten der Heide liegt, überfiel es mich, als müsse auch ich zur Stadt zurückkehren oder etwa nach links hinab an die See gehen, oder nach dem kleinen Dorfe, das dort unten hart am Strand liegt; aber vor mir in der Luft schwante etwas, wie ein Glück, wie eine rasende Hoffnung, und es schüttelte mein Gebein, und meine Bähne schlugen aneinander. „Wenn sie es wirklich war, so legtlich mit meinen eigenen Augen ich erblickt, und wenn dann heute“ — Ich fühlte mein Herz gleich einem Hammer an den Rippen; ich ging weit um durch die Heide; ich wollte nicht sehen, ob auf der Wagen einem auch der Prediger nach der Stadt fahre. — Wer ich ging dennoch endlich seinem Dörfe zu.

Als ich es erreicht hatte, schritt ich eilends nach der Thür des Klosterrhauses. Sie war verschlossen. Eine Weile stand ich unschlüssig; dann hub ich mit der Faust zu klopfen an. Drinnen blieb alles ruhig; als ich aber stärker klopfte, kam des Klosterrhauses alte, halbblinde Trieste aus einem Nachbarhause.

„Wo ist der Klosterr?“ fragt ich.

— „Der Klosterr? Mit dem Priester in die Stadt gefahren.“

Ich starre die Alte an; mir war, als sei ein Blitz durch mich dahin geschlagen.

„Fehlet Euch etwas, Herr Maler?“ fragt sie. Ich schüttelte den Kopf und sagte nur: „So ist wohl heute keine Schule, Trieste?“

— „Bewahr! Die Hex wird ja verbrannt!“

Ich ließ mir von der Alten das Haus ausschließen, holte mein Malgeräte und das fast vollendete Bildnis aus des Klosterrhauses Schlaframmer und richtete, wie gewöhnlich, meine Staffelei in dem leeren Schulzimmer. Ich pinselte etwas an der Gewandung; aber ich suchte damit nur mich selber zu belügen; ich hatte keinen Sinn zum Malen; was ja um dessen willen auch nicht höher gekommen.

Die Alte kam hereingelaufen, stöhnte über die arge Zeit und redete über Bauern- und Dorfsachen, die ich nicht verstand; mich selber drängte es, sie wieder einmal nach des Predigers Frau zu fragen, ob selbige alt oder jung, und auch, woher sie gekommen sei; allein ich brachte das Wort nicht über meine Zunge.

Dagegen begann die Alte ein lang Gespinste von der Hex und ihrer Sippschaft hier im Dorfe und von der Mutter Siebenzig, so mit Vorpusch-Sehen behaftet sei; erzählte auch, wie selbige zur Nacht, da die Sicht dem alten Weibe keine Ruh gelassen, drei Leichlaken über des Pastors Haussdach habe fliegen sehen; es gehe aber solch Gesicht allzeit richtig aus, und Hoffari komme vor dem Falle; denn sei die Frau Pastorin bei aller ihrer Vornehmheit doch nur eine blonde und schwächliche Kreatur.

Ich mochte solch Geschwätz nicht länger hören; ging daher aus dem Hause und auf dem Wege herum, da wo das Pastorat mit seiner Fronte gegen die Dorfstraße liegt; wandte auch unter bangem Sehnen meine Augen nach den weißen Fenstern, konnte aber hinter den blinden Scheiben nichts gewahren, als ein paar Blumenscherben, wie sie überall zu sehen sind.

Ich hätte nun wohl umlehren mögen; aber ich ging dennoch weiter.

Als ich auf den Kirchhof kam, trug von der Stadtseite der Wind ein wimmernd Glockenläuten an mein Ohr; ich aber wandte mich und blickte hinab nach Westen, wo wiederum das Meer wie lichtes Silber am Himmelssaume hinzog, und war doch ein tobend Unheil dort gewesen, worin in einer Nacht des Höchsten Hand viel Tausend Menschenleben hingeworfen hatte. Was trümmerte denn ich mich so gleich einem Wurme? — Wir sehen nicht, wie seine Wege führen!

Ich weiß nicht mehr, wohin mich damals meine Füße noch getragen haben; ich weiß nur, daß ich in einem Kreis gegangen bin; denn da die Sonne fast zur Mittagshöhe war, langte ich wieder bei der Klosterr an. Ich ging aber nicht in das Schulzimmer an meine Staffelei, sondern durch das Hintertorlein wieder zum Hause hinaus. —

Das ärmliche Gäßlein ist mir unvergessen, obschon seit jenem Tage meine Augen es nicht mehr gesehen. — Gleich dem des Predigerhauses von der anderen Seite, trat es als ein breiter Streifen in die Priesterkoppel; inmitten zwischen beiden aber war eine Gruppe dichter Weidenbüschel, welche zur Einfassung einer Wassergrube dienen mochten; denn ich hatte einmal eine Magd mit vollem Eimer wie aus einer Tiefe daraus hervorsteigen sehen.

Als ich ohne viel Gedanken, nur mein Gemüte erfüllt von nicht zu zwingender Unruhe, an des Klosterrhauses abgeheimsten Bohnenbeeten hinging, hörte ich von der Koppel draußen eine Frauenstimme von gar holdem Klang, und wie sie lieblich einem Klude zusprach.

Unwillens schritt ich solchem Schalle nach; so mochte einst der griechische Heidengott mit seinem Stab die Toten nach sich gezogen haben. Schon war ich am jenseitigen Rande des Hollundergebüsches, das hier ohne Verzäunung

**Bericht über die Bergarbeiterverhandlungen!** Die Arbeiter entledigen sich ihrer Erfahrungen — der vornehmsten Krankheitsträger, wie der Knappesche Oberarzt des Ruhrbedens erklärt! — in die Wasserleichen (Minnen für Grubenwasser). Um den Skandal noch größer zu machen, pumpst man dieses Wasser zu Tage, wärmt es und dann baden sich die Bergleute darin!!! Dies erzählten uns die Arbeiter selbst.

Und nicht nur auf der Beche Gustav geschieht es so; die Bergbehörde weiß auch durch den Vorstand des Bergarbeiterverbandes, wie es mit den Badeanstalten der Gruben aussieht. In diesem Frühjahr hat der genannte Vorstand die Bergbehörde direkt aufgefordert zur Revision der Waschläden — heute ist es noch so wie früher.

Darum noch mehr Schutz dem Bergwerkskapital! Wenn die bedauernswerten Grubenbesitzer nicht besser geschützt werden vor den Unnahmungen der Bergarbeiter, dann kann eines schönen Tages unsere beste der Welten läufig zu Bruch gehen.

O. H.

## Politische Übersicht.

### Zu den Forderungen der Heeresverstärkung.

Die Ossigius in der Kölner Zeitung und im Hannoverschen Kurier suchen die Mehrförderung damit zu begründen, daß sie behaupten, die zuletzt geschaffenen Infanterieregimenter mit zwei Bataillonen seien wenig leistungsfähig. Dies liege auf der Hand; nach der ganzen organischen Verbindung sei das Regiment auf drei Bataillone zusammengeschult, und wenn ein Drittel fehle, so vermindere dieser Mangel die Aktionsfähigkeit um mehr als ein Drittel.

Die Aktion beruht aber nicht auf den Regimentern, sondern auf den Bataillonen.

Der Ossigius in der Kölner Zeitung schätzt die beabsichtigte Heeresvermehrung auf etwa 16000 Mann und meint, daß eine solche Vermehrung angesichts der gewaltigen Zunahme der Bevölkerung sehr gering erscheine. Seit wann folgt denn aus der Zunahme der Bevölkerung die Notwendigkeit einer Heeresverstärkung? Von 1867—1880 entsprach die Friedenspräsenzstärke einem Prozent der Bevölkerung von 1867. Erst 1880 wurde daß eine Prozent der Bevölkerung nach der Zählung von 1875 maßgebend. Von 1887—1890 galt dann eine Friedenspräsenzstärke, die einem Prozent der Bevölkerung nach der Zählung von 1885 entsprach. Seit 1890 ist die Friedenspräsenzstärke ohne Rücksicht auf die Bevölkerung bemessen worden. Nach der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke im Jahre 1893 betrug sie 557000. Diese Präsenzstärke ging um 63000 Mann hinaus über ein Prozent der Bevölkerung von 1890. Dieselbe gegenwärtig geltende Friedenspräsenzstärke reicht auch noch um 34000 Mann hinaus über ein Prozent der Bevölkerung nach der letzten Zählung von 1895. Wenn also, wie in früheren Jahren, die Friedenspräsenzstärke nach einem Prozent der Bevölkerung bemessen werden soll, so müsse die Friedenspräsenzstärke jetzt nicht erhöht, sondern um 34000 Mann vermindert werden.

Die Berliner Germania, das Centrumsblatt, schreibt:

Wir können zur Verhüllung unserer Leiter daran erinnern, daß das Centrum sich stets gegen ungerechtfertigte Militärlasten erklärt und sich auch nicht geachtet hat, Forderungen, die über das unbedingt Notwendige hinausgingen, abzulehnen, selbst auf die Gefahr eines erbitterten Wahlkampfes. Das Centrum als eine wahre Volkspartei wird auch in diesem Falle alles ablehnen, was nicht unbedingt zur Verteidigung des Vaterlandes erforderlich ist. Denn woher sollen denn endlich die Einnahmen anders kommen, diese entschlich Hoch angewachsene Ausgaben für Heer und Marine zu decken, als durch neue Steuern, die das Centrum absolut vermeiden will?

Und wie war's bei der Flottilenvorlage? Wer traut diesen Centrumsverhüllungen noch?

Zur Vermehrung der Friedenspräsenzstärke schreibt die Weserzeitung, sie würde doch voraussichtlich auf große Schwierigkeiten stoßen. „Es wird vielsach berichtet, daß die Ausbildungskommissionen bei der Auswahl der Rekruten bis an die äußerste Grenze der Tauglichkeit gehen, die doch nicht überschritten werden kann, ohne die Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit der Armee zu gefährden. Ist die Verstärkung der neuen Regimenter wirklich geplant, so müßte innerhalb der letzten zwei Jahre ein vollständiger Wechsel der Anschauungen im Kriegsministerium erfolgt sein, der freilich durch den Personenwechsel seine Erklärung finde.“

## Bürgerliche Presse und Börse.

Ein sehr lehrreicher Prozeß ist, wie unsere Leser wissen, in Berlin am 20. August leider nicht zum Austrage gekommen, weil der Hauptbeteiligte das bessere Teil erwählte und nicht erschien. Sonst wären die Beziehungen großer Bankinstitute zu einer „geachteten Berliner Tageszeitung“ aufgedeckt worden. Wie die Berliner Volkszeitung berichtet, ist der Angeklagte ein Herr Dunz, Handelsredakteur der Bossischen Zeitung, der auf verbotenen Wegen Geld erjagt habe, als Empfänger von Lebessgaben. Die Klage gegen seine „Verleumder“ hat der Brabe im letzten Augenblick zurückgezogen.

Ein eigenes Mißgeschick, das dem respektablen Organ des Berliner Kreisins nun zum drittenmal widerfährt, daß die Redakteure des Handelsblatts als bestechliche und lästige Agenten großer Speculanten und Banken enttarnt worden sind.

Den Neigen sieht der berüchtigte Schweizer-Schweizer an, der die Bossische Zeitung übernahm, nachdem dieser gefährliche Gründer den Handelsteil der Nationalzeitung, den er in der Gründerzeit „geleitet“ hatte, zum Tummelplatz seiner Privatgeschäfte gemacht hatte. Als eine seiner blutigsten Gründungen zusammenbrach, in deren Verwaltungsrat er saß, wandelte sich sein Name in der darüber berichtenden Notiz der Nationalzeitung aus Schweizer in Schweizer.

Dieser betriebsame Börsenjournalist trat dann in die Bossische Zeitung ein. Sein Nachfolger wurde der berufene Professor Dr. Moritz Meyer, ein kleiner, aber ungeschickter Börsenexpedit, den der sozialdemokratische Fraktionsredakteur in seiner Börsenrede (Session 1895/96) im Reichstage an den Pranger stellte.

Schweizer-Schweizer, Moritz Meyer, und jetzt Dunz, eine ehrenvolle Reihe von journalistischen Buschleppern!

Wie es um die Beziehungen der bürgerlichen Presse zur Börse steht, ist aus den Aussagen der Sachverständigen vor der Börsenkommission recht deutlich geworden. Die Politik der Beteiligungen, der offenen und verdeckten Bestechungen, der Interate ist ein alter bewährter Branch; dafür wirken die so gewonnenen Organe im Interesse ihrer Auftraggeber, machen Stimmung für deren Emissionen oder — schweigen wenigstens.

Das System Panama ist international, die kapitalistische Presse von der Donau bis zur Themse, von der Seine bis zur Spree ist durchsetzt, und es gibt sehr tugendhafte Organe für König und Gott und Vaterland, für Ordnung und Moral, die nicht bloß die hochbezahlten Interate recht zweifelhafter Gründungen und Emissionen im Ammonit ausnehmen, sondern auch wie irgend ein „Juden“blatt die Washzettel der „Bankarchivare“ redaktionell abdrucken, im Leitartikel aber gegen die Korruption der Börse wettern.

## Deutsches Reich.

### Militärisches.

Die umfangreichen Geländeabsperrungen im Ingelheimer Grunde, die wegen militärischer Scharfschüttungen gerade während der Erntezeit vorgenommen wurden, beschäftigten jüngst eine Ausschüttung des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinhessen. Es stand ein Antrag des Herrn Lichtenstein-Wedderhof zur Beratung, den hessischen Landwirtschaftsrat aufzufordern, bei der Regierung in dem Sinne vorstellig zu werden, daß sie an maßgebender Stelle Schritte thue, damit in Zukunft nie mehr während der Erntezeit Gelände mit intensivem landwirtschaftlichen Betrieb abgesperrt werde, und daß überhaupt nie ohne vorheriges Einverständnis mit den von der Abscherrung betroffenen Gemeinden und größeren Grundbesitzern derartige Maßnahmen von Seiten der Militärbehörden getroffen werden dürfen. Nach eingehender Begründung dieses Antrags durch den Antragsteller erklärte der Regierungsvertreter, Ministerialrat Braun, Vorsitzender der Oberen landwirtschaftlichen Behörde, etwa folgendes: Die Erregung des Antragstellers und der landwirtschaftlichen Bevölkerung über die Geländeabsperrungen sei vollauf berechtigt; man möge ja nicht glauben, daß die großherzogliche Regierung in dieser für die Landwirtschaft so wichtigen Angelegenheit nichts gethan hätte. Leider seien die Schritte, die die großherzogliche Regierung im Sinne der Hinwendung der Scharfschüttungen gelhan, nur von geringem Erfolg gewesen. Er könne die Erklärung abgeben, daß die Regierung gesonnen sei, energisch vorzugehen, sie ginge noch viel weiter, als es der Antrag Lichtenstein verlangt, sie wolle überhaupt den Geländeabsperrungen in Bezug auf intensiven landwirtschaftlichen Betrieb ein Ende machen.

Diese klaren und bündigen Erklärungen des Herrn Ministerialrats Braun riefen nach der Frankl. Ztg. allgemeine Genug-

heitung hervor. Herr Lichtenstein, mit dieser Erklärung zufrieden, zog seinen Antrag zurück, nachdem der Regierungsvorsteher nochmals versichert hatte, daß der hessische Regierungsvorsteher beim Bundesrat in Berlin bei einer demnächstigen Besprechung dieser Angelegenheit im Reichstag die Reichstagsabgeordneten der betreffenden Gegend in obigem Sinne unterstützen würde. Am nächsten Sonntag nachmittag findet in Elsheim eine Protestversammlung mit Beschlussfassung über eine Petition gegen die Geländeabsperrungen statt. Reinhard Schmidt, Elsheim, Reichsabgeordneter für Bingen-Alzey, hat sein Erscheinen zugesagt.

Eine Havarie zwischen dem deutschen Kriegsschiff Pfeil und dem holländischen Schooner Deenje hat in der Nacht zum 23. August in der Niederung stattgefunden. Der Schooner mußte im Schleppboot nach Kiel gebracht werden. Ferner ist in Folge Kollision mit dem Kreuzer das Torpedoboot S 71 am Heck beschädigt worden.

Bei den Kavallerieübungen auf dem Deuthener Exerzierplatz in Ostpreußen hat sich ein Unteroffizier von den 12. Ulanen beim Sturz mit der Lanze so verletzt, daß er kurz darauf verstorb. Ferner wurde der Wachtmeister Gusti vom 16. Feldartillerie-Regiment vom Geschützschlag getroffen und fiel tot vom Pferde.

Ein Soldaten Selbstmord wird aus Novorazlaw gemeldet: Ein Soldat der 11. Compagnie des 140. Infanterie-Regiments hatte sich nach Beendigung der Schießübung in Montiv versteckt, und als abends ein Zug einfie, warf er sich auf die Schienen. Die Maschine ging dem Soldaten über Brust und Kopf hinweg, sie völlig zerstört. Angst vor Strafe soll der Grund des Selbstmordes sein.

### Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Die Strafkammer in Hagen verurteilte den Fabrikarbeiter P. Grünwald aus Altenböde wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis. Der Arbeiter war von dem Gastwirt Rich. Haarmann in Altenböde denunziert worden wegen Neuerungen, die er in dessen Wirtschaft gehabt haben soll. Die Hagener Strafkammer sprach den Angeklagten zunächst frei und erkannte erst, nachdem der Staatsanwalt Revision eingelebt und das Reichsgericht die Sache nach Hagen zurückverwiesen hatte, wie oben angegeben. Der Wirt Haarmann hat schon früher einmal in einem Majestätsbeleidigungsprozesse als Zeuge fungiert.

Das Berliner Landgericht II verurteilte die Nähern Frau Hedwig Pape wegen Beleidigung, Körperverletzung und Majestätsbeleidigung zu zehn Monaten Gefängnis. Eine Freundin, die später Freindinnen wurden, halten sich aus Anlaß von Streitigkeiten unbedachter Neuerungen der Frau über das kaiserliche Ehepaar erinnert und sie denunziert.

### Ein Dänenprozeß und der Gerichtsstand auf Auslandstreifen.

-r. Kiel, 23. August. Der Medikus Jens Jessen von der dänisch gesetzten, in Flensburg erscheinenden Zeitung Flensborg Avis hatte im Januarheft der Kopenhagener Zeitschrift Danske Tidsskrift (Dänische Zeitschrift) einen Artikel über die Zustände in „Sønderjylland“ (Südjütland), wie die dänischen Agitatoren mit Vorliebe Nordschleswig bezeichneten, veröffentlicht und mit seinem Namen unterzeichnet.

Darin war im Abschluß an die Besprechung einiger im letzten Jahre vor dem Flensburger Landgericht verhandelter Prozesse gegen dänisch gesetzte Nordschleswiger die deutsche Rechtsprechung scharf kritisiert worden. Als ein Hauptberufstand deutscher Judikatur war es bezeichnet worden, daß dem subjektiven Empfinden des Richters ein viel zu weiter Spielraum gelassen sei. Um schlimmeres sei es bei den Landgerichten. Was da an Peinlichkeit, Härte und Spitzfindigkeit selbst in nichtpolitischen Sachen geleistet werde, davon mache man sich auswärts keine Vorstellung. Man müsse jedem Banditen dankbar sein, daß er nicht hingeha und einen wegen Brandstiftung oder Majestätsbeleidigung denunziere, wo man dann, da es den Richtern frei stehe, einem Lumpen als Zeugen mehr Glauben zu schenken als drei ehrlichen Männern, rettungslos verloren sei, besonders wenn man als Dänenfreund bekannt und durch seine soziale Stellung nicht von vornherein gegen die Anschuldigung gefeit sei.

Man sieht, Herr Jessen führt eine schneidige Feder, und wird sich nicht wundern, wenn man hört, daß der unerschrockene Mann während des knappen Jahrzehnts, da er das Flensborg Avis verantwortlich zeichnet, in etwa einem Dutzend Prozessen drei und ein halbes Jahr Gefängnis davongetragen hat. Durch diese Charakteristik der deutschen Justiz in Danske Tidsskrift, die übrigens, wie bereits erwähnt, durch einige vor

in die Koppel ausläuft, da sahe ich den kleinen Johannes mit einem Kerzen voll Moos, wie es hier in dem kümmerlichen Grase wächst, gegenüber hinter die Weiden gehen; er machte sich dort damit nach Kinderart ein Gärtchen ausgelegt haben. Und wieder kam die holde Stimme an mein Ohr: „Nun heb nur an; nun hast Du einen ganzen Haufen! Ja, ja; ich such' derweil noch mehr; dort am Hollunder wächst genug!“

Und dann trat sie selber hinter den Weiden hervor; ich hatte ja längst schon nicht gezweifelt. — Mit den Augen auf dem Boden suchend, schritt sie zu mir her, so daß ich ungehört sie betrachten durfte; und mir war, als gliche sie nun gar seltsam dem Kind wieder, das sie einst gewesen war, für das ich den „Buh“ einst von dem Baum herabgeschossen hatte; aber dieses Kinderantlitz von heute war bleich, und weder Glück noch Nutzen darin zu lesen.

So war sie mählich näher kommen, ohne meiner zu gewahren; dann kniete sie nieder an einem Streifen Moos, der unter den Büschen hinsließt, wo ich stand; doch ihre Hände pflichteten nicht davon; sie ließ das Haupt auf ihre Brust sinken, und es war, als wolle sie nur umsehen vor dem Kind in ihrem Leide austreten.

Da rief ich leise: „Katharina!“

Sie blickte auf; ich aber ergriß ihre Hand und zog sie gleich einer Willenslosen zu mir unter den Schatten der Büsche. Doch als ich sie endlich also nun gefunden hatte und seines Wortes mächtig vor ihr stand, da sahen ihre Augen weg von mir, und mit fast einer fremden Stimme sprach sie: „Es ist nun einmal so, Johannes! Ich wußte wohl, Du seiest der fremde Maler; ich dachte nur nicht, daß Du heute kommen würdest.“

Ich hörte das, und dann sprach ich es aus: „Katharina, — — — so bist Du des Predigers Eheweib?“

Sie nickte nicht; sie sah mich starr und schmerlich an. „Er hat das Amt dafür bekommen,“ sagte sie, „und Dein Kind den ehrlichen Namen.“

— „Mein Kind, Katharina?“

— „Und fühltest Du das nicht? Er hat ja doch auf Deinem Schoß gesessen; einmal doch, er selbst hat es mir erzählt.“

— „Möge seines Menschen Brust ein solches Weh zerfleischen! — Und Du, Du und mein Kind, Ihr solltet mir verloren sein!“

Sie sah mich an, sie weinte nicht, sie war nur gänzlich totensichtlich.

„Ich will das nicht!“ schrie ich; „ich will“. . . Und eine wilde Gedankenjagd raste mir durchs Hirn.

Über ihre kleine Hand hatte gleich einem kühlen Blatte sich auf meine Stirn gelegt, und ihre braunen Augensterne aus dem blassen Antlitz sahen mich flehend an. „Du, Johannes,“ sagte sie, „Du wirst es nicht sein, der mich noch elender machen will.“

— „Und kannst denn Du so leben, Katharina?“

„Leben? — Es ist ja doch ein Glück dabei; er liebt das Kind; — was ist denn mehr noch zu verlangen?“

— „Und von uns, von dem, was einst gewesen ist, weiß er denn?“ —

„Nein, nein!“ rief sie heftig. „Er nahm die Sünderin zum Weibe; mehr nicht. O Gott, ist's denn nicht genug, daß jeder neue Tag ihm angehört!“

In diesem Augenblide thonte ein zarter Gesang zu uns herüber. — „Das Kind,“ sagte sie. „Ich muß zu dem Kind; es könnte ihm ein Leids geschehen!“

Aber meine Sinne zielen nur auf das Weib, das sie begehrten. „Bleib doch,“ sagte ich, „es spielt ja fröhlich dort mit seinem Moos.“

Sie war an den Rand des Gebüsches getreten und

horchte hinaus. Die goldene Herbssonne schien so warm herunter, nur ein leichter Hauch kam von der See herauf. Da hörten wir von jenseit durch die Weiden das Stimmen unseres Kindes singen:

Zwei Englein, die mich beden,  
Zwei Englein, die mich strecken,  
Und zwei, so mich weisen  
In das himmlische Paradiesen.“

Katharina war zurückgetreten und ihre Augen sahen groß und geisterhaft mich an. „Und nun leb wohl, Johannes,“ sprach sie leise; „auf Nimmerwiedersehen hier auf Erden!“

Ich wollte sie an mich reißen; ich streckte beide Arme nach ihr aus; doch sie wehrte mich ab und sagte sanft: „Ich bin des anderen Mannes Weib; vergiß das nicht.“

Mich aber hatte auf diese Worte ein fast wilder Zorn ergriffen. „Und wessen, Katharina,“ sprach ich hart, „bist Du gewesen, bevor Du sein geworden?“

Ein weiner Klaglaut brach aus ihrer Brust: sie schlug die Hände vor ihr Angesicht und rief: „Weh mir! O wehe, mein entweiter, armer Leib!“

Da wurd' ich meiner schier unmächtig; ich riß sie jäh an meine Brust, ich hielt sie wie mit Eisenklammern und hatte sie endlich, endlich wieder! Und ihre Augen sahen in die meinen, und ihre roten Lippen dusdeten die meinen; wir umschlangen uns inbrüstiglich; ich hätte sie töten mögen, wenn wir also miteinander hätten sterben können. Und als dann meine Blicke voll Seligkeit auf ihrem Antlitz weideten, da sprach sie, fast erstickt von meinen Küschen: „Es ist ein langes, banges Leben! O, Jesu Christ, vergib mir diese Stunde!“

(Fortsetzung folgt.)

dem Flensburger Gericht verhandelte Dänenprozesse illustriert wurde, hatten sich der Vorsitzende und die Mitglieder der Strafkammer des Flensburger Landgerichts sowie ein Privatmann, der in einem der kritisierten Prozesse eine Rolle spielte, beleidigt gefühlt und Strafantrag gestellt, welche Sache heute vor dem Kieler Landgericht verhandelt wurde.

Die Verhandlung nahm insofern gleich von vornherein eine interessante Wendung, als die Anklage zu deduzieren versuchte, daß eine im Ausland begangene Strafhaft vorliege und nach dem deutschen Strafgesetz zu erkenne sei, da der Angeklagte, der in Flensburg wohnhaft sei, den Artikel "offenbar" auf deutschem Boden verfaßt und nichts gethan habe, die Verbreitung der betr. Zeitschriftsummer in Nordschleswig zu verhindern. Eine persönliche Mitwirkung Jessens bei der Verbreitung des Januarheftes der Dänische Zeitung vermag übrigens die Anklagebehörde nicht nachzuweisen. Eine Anzahl nordschleswiger Buchhändler, die als Zeugen erschienen waren, bekundeten, daß ihnen die Zeitschrift auf dem üblichen Wege durch den Kopenhagener Verleger zugestellt worden sei.

Herr Jessen bestreitet und verlangt von der Anklage den Nachweis, daß er seinen Artikel in Deutschland abgefaßt habe.

Er halte sich häufig längere Zeit in Kopenhagen auf.

Den ambulanten Gerichtsstand aber auf das Ausland aus-

zuhören und wegen der Verbreitung einiger Exemplare der

Zeitschrift in Nordschleswig den Thator nach Deutschland zu

verlegen, sei ein Unding. Dann könne kein ausländischer Schriftsteller oder Journalist, beispielsweise ein Mitarbeiter des Times,

der Revue des deux mondes oder des Figaro, der ein paar

Worte gegen deutsche Institutionen geschrieben, es riskieren,

deutschen Boden zu betreten, ehe das "Verbrechen" verjährt

wäre. Die inkriminierten Stellen seines Artikels seien vielmehr

als eine von einem Deutschen im Ausland begangene Straf-

haft aufzufassen und nach § 4, Abs. 3 des Strafgesetzbuches zu

beurteilen, der bestimmt, daß in diesem Falle nur dann eine

Verfolgung stattfindet, wenn die Handlung "nach den Gesetzen

des deutschen Reiches als Verbrechen oder Vergehen anzusehen,

und durch die Geseze des Orts, an welchem sie be-

gangen worden, mit Strafe bedroht ist. Nun kann aber

das dänische Strafgesetz eine Beleidigung im Sinne des § 186

des deutschen Strafgesetzes nicht. In Dänemark könne lediglich

durch Schmähungen oder durch Thätschkeiten beleidigt werden,

nicht aber durch die formal nicht anstößige Behauptung von

"Thatsachen, die geeignet sind, jemand verächtlich zu machen

oder in der öffentlichen Meinung herabzusezen."

Da der Staatsanwalt der Auffassung des Herrn Jessen vom

dänischen Bekleidungssdelit entgegentritt, stellt er den Antrag,

ein Gutachten der juristischen Fakultät der Kopen-

hagener Universität einzuholen darüber, ob die inkriminierten

Stellen seines Artikels nach dem dänischen Strafgesetz straf-

bar seien.

Das Gericht beschließt, diesem Antrag stattzugeben

und die Sache, bis das Gutachten eingetroffen, zu

vertagen.

Damit hat Herrn Jessens Auffassung, daß die Strafhaft als

eine im Ausland begangene zu betrachten sei, abgesiegt und es

ist einer der überaus seltenen Fälle zu verzeichnen, daß ein

deutscher Gerichtshof der nachgerade unerlösen Ausdehnung des

ambulanten Gerichtsstandes entgegentritt.

\* Berlin, 25. August. Wie die Berliner Neuesten Nachrichten

mitteilen, sollen die Wahlen zum preußischen Landtag Ende

Oktober oder Anfang November vorgenommen werden. —

Im Reichsgesundheitsamt hat man fürstlich mit den

Vorarbeiten zu einer neuen Ausgabe des deutschen Arznei-

buches begonnen. Es soll bis 1900 fertiggestellt sein. —

Das Telegramm, daß der Kaiser am 22. März 1890

nach Weimar fände und in dem er, zwei Tage nach Bismarcks

Entlassung, sagte, ihm sei zu Mut, als ob er seinen Großvater

zum zweitenmal verloren habe, war nicht, wie bisher angenommen

wurde, an den Großherzog, sondern, nach einer Angabe der

Kunst, an den Direktor der Kunsthalle in Weimar

gerichtet, den Grafen Emil v. Görz-Schulz, der den Kaiser

auf den Kreisen zu begleiten pflegt und für die vom berlinschen

Volkswirt Neue Markgrafenstraße getaufte Puppenallee im Tier-

garten einen märkischen Herrscher modellieren soll". —

Zu dem Präsidialgebäude des Reichstages wird nahe

dem Reichstagsgebäude im Oktober der Grundstein gelegt

werden. —

Zu den Meldungen über Proben mit einem neuen

Gewehr kleineren Kalibers erfährt die Münchener Allg. Blg.

dass sich die Probe als "eine wesentlich verbesserte Kon-

struktion des bisherigen Systems und Kalibers ergibt, dessen

etwaige Einführung nicht auf dem Wege der Unbewaffnung,

sondern auf jenem der Aufrüstung unbrauchbar werdender

Gewehre älterer Konstruktion vor sich gehen würde". Ab-

warthen! —

Die neuen Torpedoboote für die deutsche Flotte sind

bei der Firma Schichau in Elbing in Auftrag gegeben. Der

erste nach dem Flottengesetz zu erbauende kleine Kreuzer ist der

Preußischen Germania werft übertragen worden. —

Über die Gründe des Austritts des Herrn von der

Grünen aus dem Range der Landwirte will der Vorwärts

erfahren haben, Herr v. d. Grünen sei lange eine bei Hofe

sehr gern gesehene Persönlichkeit gewesen, habe aber dort an

einer maßgebenden Stelle so viel Unannehmtes über seine

Bundesangehörigkeit gehabt, daß er den Gründern den Abschieds-

brief geschrieben habe. —

Amtsblätter soll auch schon der neue Gouverneur General

Liebert in Deutsch-Ostafrika sein. General Liebert, so

wird der Rhein. Westl. Blg. aus Dar-es-Salaam geschrieben,

war nach Ostafrika gegangen an die Spur dieser Kolonie, um

den unfruchtbaren Bürokratismus dort zu ersehen durch eine

frische, praktische Verwaltungsarbeit. Er bereiste zu diesem

Zwecke alle wichtigen Teile dieses großen Schutzbereiches und

veranlaßte überall die ersten Ansätze einer praktischen Tätigkeit.

Ausgenommen die Versuchstation Rovai in Welw-Ambara ist

über sonst alles wieder dem Zustande verfallen, wie es vor

Lieber's Ankunft herrschte. Bavar hat man von Berlin aus

den sog. Finanzdirektor v. Bennigsen abberufen, der nun

in der Kolonialabteilung beschäftigt werden soll, aber das System

des burokratischen Fiskalismus ist damit noch keineswegs

völlig beendet. —

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht ein Telegramm ihres

China-Wolfs, in dem er erklärt, daß er sich weder ein Amt

zugesprochen noch eine amtliche Gerichtsführung abgehalten noch

endlich Gefangene freigesprochen habe; die Erzählung des Herrn

Dannhäuser sei vielmehr eine pure Erfindung. Herr Eugen Wolf

gibt vor, sehr leicht zu wünschen, daß eine amtliche Untersuchung

der Angelegenheit stattfinde. Dieser Wunsch ist ja bekanntlich

sicherlich erfüllt. Über den in der Germania veröffentlichten Bericht

des Missionärs Stenz äußert sich Wolf nicht.

Die Zukunft schreibt: "In den Zeitungen steht man seit Wochen, Bismarcks Memoiren würden nächstens bei Cotta erscheinen, der Vertrag sei schon längst gemacht, daß Honorar beträge eine Million Mark, in Stuttgart werde mit scharfem Elle" gezeigt, viele Korrekturen seien in Berlin zur Censur", und ähnliche schöne, die Sensationslust stachelnde Nachrichten, die nur eben ein bisschen unglaublich klingen. Daß der Fürst mit der Hilfe Volhart Buchers Erinnerungen aus seinem Leben geschrieben hat, daß diese Niederschrift sich auf alle Epochen von der Kindheit bis zur Entlassung aus den Altemen erstreckt und, sobald die Erben es für angezeigt halten, veröffentlicht werden wird, ist ja allgemein bekannt geworden. Ein Recht, das Manuskript — von dem ein Teil vor Jahren gesetzt wurde, um dem Fürsten das Lesen und Korrigieren zu erleichtern — einer Censur zu unterwerfen, steht keinem Menschen zu; und Personen, die es wissen könnten, sagen, daß ein Vertrag mit Honorarbestimmung überhaupt noch nicht abgeschlossen ist und die Entscheidung über den Umfang des Werkes und den Termin des Erscheinens kaum vor dem Spätherbst gefällt werden wird."

Stöcker und seine ehemaligen Busenfreunde, "keine Mücke der Christlichsozialen zu den Konservativen!" Diese Parole gibt die neueste Nummer der Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung des Hofpredigers a. D. Stöcker aus. Das Blatt schreibt dazu, von den Gegnern oder halben Freunden werde immer von neuem darauf hingewiesen, daß es ohne Bedeutung sei, wenn eine Partei einen einzigen Vertreter im Reichstage habe, die Politik rechte im Volksleben mit großen Strömungen, in den Parlamenten mit großen Parteien; so habe die Wahl des einzigen Christlichsozialen Reichstagsabgeordneten wenig auf sich und könne die Thatsache nicht umstoßen, daß das Volk im großen und ganzen von sozialen Reformparteien nichts wissen wolle. Daher könne es nicht Wunder nehmen, daß aus konservativen Kreisen die wiederholte Mahnung gelommen sei, die Christlichsozialen und die Nationalsozialen hätten am besten, in die konservativen Reihen zurückzukehren und dort die sozial-reformistischen Kräfte zu verstärken.

Davon will aber die Deutsche Evang. Kirchenzeitg. nichts wissen. Zunächst seien die Christlichsozialen nicht aus eigenem Antriebe aus der christlichsozialen Partei ausgetreten, sondern "in dunklen Tagen" herausgedrängt. Es sei zuzugeben, daß die Absicht wohl nur gewesen sei, Herrn Stöcker aus dem führenden Komitee zu entfernen; sein Verbleiben in der Partei selbst hätten die allermeisten gern gesehen. Aber es gehöre doch nur wenig Verständnis für politische Ehre dazu, um zu sehen, daß der eine Schritt den andern nach sich ziehen müsse. Und unmittelbar nachher sei dann manches geschehen, was eine Wiedervereinigung unmöglich und schon eine Versöhnung schwer genug gemacht habe.

Auch aus "sachlichen Gründen" will Herr Stöcker, der den Mund recht voll nimmt, von der Wiedervereinigung nichts wissen. Stöcker wäre als konservativer Kandidat genauso nicht wiedergewählt worden. Nur als christlichsozialer Kandidat war seine Wahl möglich." Im Siegerlande, das wesentlich industriell ist, wie in den verbundenen Kreisen Wittgenstein und Biedenkopf, die wesentlich landwirtschaftlich sind, hätten sich starke, klare, bewußte Strömungen gebildet, die nichts anderes wollten, als christlichsozial fein- und fein. Arbeiter, Bauern, Handwerker, kleine Beamte in ihrer großen Mehrzahl ließen sich durch keine Verleumdung, keine Gegnerschaft irre machen; sie hätten ihr Auge darauf gerichtet und ihre Agitation darauf gesetzt, einen christlichsozialen Abgeordneten im Reichstage zu haben. Stöcker wird, wenn er im Reichstage die Sache des kleinen Mannes vertrete, so gut wie irgend ein sozialdemokratischer Abgeordneter sagen dürfen, daß er von Industriearbeitern und kleinen Beamten gewählt ist.

Die Fleischpreise in Oberschlesien steigen fortwährend. So kostete auf dem Dienstag-Wochenmarkt Schweinefleisch Primaware 80 Pf., gewöhnliche Ware 70 und 75 Pf. pro Pfund. Da in Russland, an der Grenze, ebenfalls Schweinemangel herrscht und der Käufer dort vielen Plackereien ausgesetzt ist, dürfte in kurzer Zeit das Pfund Schweinefleisch auf 90 Pf. kommen.

Wie das Oberschlesische Tageblatt aus Beuthen vom Dienstag meldet, ist der Fleischmarkt vom genannten Tage ausgefallen, da überhaupt kein Auftrieb vorhanden war.

Der Obstbau und der Bund der Landwirte. Der Königl. Garteninspektor und Lehrer an der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, H. Lindemuth, hat 1896 für den Bundeskalender über den Wert, Umfang und Behandlung des Obstbaues auf Landgütern einen Aufsatz geschrieben.

In diesem Jahre wurde er, wie er in der Voss. Blg. erzählt, wiederum um einen Beitrag für denselben Kalender erwartet und sollte über die San Joss-Schildlaus schreiben. Der Redakteur des Bundeskalenders aber beanstandete seine sachlichen und beruhigenden Ausschreibungen über die San Joss-Schildlaus. Herr Lindemuth ließ sich zu einigen Streichen herbei. Der Redakteur des Bundeskalenders aber schrieb, daß die Direktion des Bundes noch weitere Streichungen wünsche. Diese kamen aber einer vollständigen Entfernung der San Joss-Schildlaus aus dem Artikel fast gleich. Der Redakteur des Kalenders schrieb, er könne keine andere Haltung einnehmen, als die gesuchte Agrarpresse. Herr Lindemuth bringt seinen Artikel, der über einige der hauptsächlichen Obstbauarten handelt, nunmehr in der Voss. Blg. zum Abdruk.

In dem Artikel wird auch ausgeführt, daß die Furcht vor der Konkurrenz frischen amerikanischen Obstes vollkommen überflüssig erscheine. "Die Preise für frisches amerikanisches Obst waren so hoch, und werden mit Notwendigkeit immer so hoch bleiben müssen, daß deutsches Obst sehr gut wird konkurrieren können. Auf frischem amerikanischem Obst ruhen bedeutende Kosten: 1. eine seite Tonne; 2. Fracht nach dem amerikanischen Hafen; 3. Schiffsschiff über den Ocean; 4. Fracht vom deutschen Hafen nach der Verkaufsstätte; 5. Verkaufsvermittlung. Wir erinnern uns, wie willig die Mengen des amerikanischen frischen Obstes von unserem Markt aufgenommen wurden, wie gern es gekauft wurde und wie billig man die Preise fand, nämlich 20—40 Pf. das Pfund, d. i. 20 bis 40 M. der Centner. Wenn ein Landwirt 100 Morgen mit gehobenen tragbaren Bäumen besäße, würde er bei diesen Preisen bald Schäfe sammeln und brauchte sich um die Erträge der anderen Uferländer keine grauen Haare wachsen zu lassen.

Dem Besitzer großer Flächen, dem Landwirte, kann nur die Massenanpflanzung, die Massenproduktion großen Gewinn bringen. Es ist vor allem die Massenanpflanzung von Obstbäumen zu empfehlen und zu begünstigen und von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Furcht vor einer Überproduktion an Obst ist vollkommen unbegründet wie ich in einem Artikel im

Bundeskalender von 1896 glaube überzeugend nachgewiesen zu haben. Nur wo zu wenig Obst gebaut wird, da ist es in obstrichenen Jahren noch zu viel, da kennt man weder Verwertung noch Handel."

Magdeburg, 24. August. Die Vorstandsmitglieder der örtlichen Verwaltungsstelle der Central-Krähen- und Sterbesasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (Sih Hamburg

# Schmiede Leipzigs u. Umgeg.

Sonnabend den 27. August abends 1/2 Uhr

## öffentl. Versammlung

im der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag über die Leipziger Gewerbeinspektion. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben. 2. Gewerbeschäftiges.

Ein zahlreiches Erscheinen erwartet.

Das Agitationsteam.

## Achtung, Töpfer!

Montag den 29. August abends 8 Uhr

## öffentl. Versammlung

im Römischen Hof, Mittelstr. 11.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Gründung einer Filiale des Verbands. 2. Gewerbeschäftiges.

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

D. W.

## Geehrten Gewerkschaften u. Vereinen

empfiehle meine stets sauberen Räume zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Aueramt gute Biere und große Auswahl in Speisen.

Bürgerlichen Mittagstisch insl. Suppe 40 Pfg. In Achtung W. Spiess.

Hotel und Restaurant

## Europäische Börsenhalle

Katharinenstr. 12.

### Täglich Konzert

der so schnell beliebt geword. Schwäb. Familienkapelle „Wagemann“.

Jederzeit Specialgerichte zu kleinen Preisen sowie die bekannten Kraftsuppen. Exquisite Biere. Hochachtungsvoll Karl Schade.

## Pantheon. Ballmusik.

Morgen sowie alle Freitage  
Ergebnist haben ein J. Munkelt.

## Restaurant Saxonie

I. Volkmarßdorf, Eisenbahnstr. 84

(Ecke der Kirchstraße).

Freunde, Bekannte und eine gehörte Nachbarschaft, die mit Einladung zu meinem heute stattfindenden

## Einzugsschmaus

Übersehen sein sollten, sind an dieser Stelle freundlich eingeladen.

Reich zahlreichem Besuch entgegenstehend, zeichnet [8004]

Mit aller Hochachtung Karl Schwarze.

## Bad Rohrteich, Schönefeld.

Größter und schönster Außenhalbdorf Leipzigs.

Erstes Motorboot in Leipzig, 20 neue Gondeln, Segelboot.

Schwimmkabinen für Herren und Damen. Einzelne Sellenbäder.

Schwimmunterricht von ersten Lehrern. [6089]

Dabei empfiehle meine hochleinen Getränke und gute Küche. Rich. Schönheit.

## Schillergarten, Lindenau

Freitag den 26. August Grosses Extra-Konzert von der gesamten Marktfäldter Stadtkapelle. Anfang 8 Uhr. Entree 15 Pfg. Es lädt freundlich ein

[7998] Grunberg.

## Lapps alkoholfreies Bier in Flaschen

Bestes Erfrischungs- und Gesundheits-Getränk aus der Bayerischen Bierbrauerei V. Lapp, Leipzig-Lindenau. Telephon-Amt III, 5480.

## Grosser Räumungs-Ausverkauf

zurückgesetzter Schuhwaren

in der

Plagwitzer Schuhwaren-Halle H. Jung, Döschnerstr. 56.

Alles Nähere ist durch Plakat und Schaukasten ersichtlich.

mit 10 Proz.  
Rabatt

Rabatt

Nur

durch grossen Bezug aus ersten Fabriken kann ich sie

Taschen-Uhrfeder

garantiert u. nachweislich erste Güte

für 75 Pfg. einzusehen.

Für haltbare 3 Jahre Garantie.

Die alte (zerbrochene) Feder wird sofort

aufgerücktgegeben. [8978]

M. Kemski

Nürnbergstr. 6

Specialgeschäft für Uhren.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. G. Morgenstern in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Karl Worbs, Kleinzschocher

Hauptstraße 18.

Ieden Freitag Schlachtfest.

Früh 8 Uhr Weißfleisch.

Bogen Freitag Schlachtfest.

Von früh 1/2 Uhr an Weißfleisch.

E. Vettors, Täubchenweg 16.

Kartoffelausgabe in Lindenau.

Hinter dem Gute der Westend-

bauengesellschaft an der Demmering-

straße, über der Zeitzer Bahn,

werden Kartoffeln, frische weisse,

rutenweise täglich ausgegeben.

7890 Frz. Hagenguth.

Entree frei.

Hotel und Restaurant

Europäische Börsenhalle

Katharinenstr. 12.

Täglich Konzert

der so schnell beliebt geword. Schwäb. Familienkapelle

,Wagemann“.

Jederzeit Specialgerichte zu kleinen Preisen sowie

die bekannten Kraftsuppen. Exquisite Biere.

Hochachtungsvoll Karl Schade.

Entree frei.

&lt;p

# Beilage zu Nr. 196 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag den 25. August 1898.

(Fortschung aus dem Hauptblatt.)

**Gähnig.** 24. August. Von der deutschen Mandarinflotte wird gemeldet: An Bord des Flottenflaggschiffes Blücher: Der in Liverpool beheimatete englische Dampfer Thornaby kreuzte gestern Mitternacht feuerwidrig den Backordnung der Flotte, deren Richter weit hin sichtbar waren. Ein geschickter Mandat des Flottenflaggschiffes verhütete im kritischen Momenten den Zusammenstoß. Allgemeine Entrüstung herrschte über diese Fahrlässigkeit des englischen Schiffes.

**Höhn.** 24. August. An ihrem zweiten Sitzungstage beschloß die Hauptversammlung des Deutschen Apothekervereins, als vornehmste Aufgabe des Vereins die Errichtung einer aus Apothekern bestehenden Standesvertretung unter Beseitigung der Beaufsichtigung durch die beamten Ärzte zu betrachten. Als Ort für die nächstjährige Hauptversammlung wurde Danzig gewählt.

**Mainz.** 23. August. Zu der von anderer Seite aufgebauschten Mitteilung über die von einigen jungen Franzosen begangene Ungezogenheit, finden wir in einem hiesigen Blatte folgende Erklärung: „Die in Mainz für längeren Aufenthalt ansässigen Franzosen, die zum Teil in Geschäften arbeiten, halten es für ihre Pflicht, zu erklären, daß sie mit diesem bedauerlichen Vor-gang nichts gemein haben. Derselbe ist vielmehr von minderjährigen Schülern ausgegangen, die sich nur während der Ferien hier aufhalten.“

**kleine politische Nachrichten.** Wie Berliner Blätter melden, soll der entlassene langjährige Kammerdiener Bismarcks, Pinnow, auf Befehl des Kaisers eine Anstellung als Portier bei der Reichsregierung, wahrscheinlich im Reichskanzleramt zu Berlin erhalten. Auch für die übrigen durch den Tod des Fürsten zeitweilig außer Stellung gekommenen Angestellten soll durch die zahlreichen Freunde des Verwirten in ähnlicher Weise gesorgt werden. Kann der mehrfache Millionär Fürst Herbert nicht für die Diener seines Vaters ausreichend sorgen? — Aus dem Haag wird vom 24. August gemeldet: Das Institut für internationales Recht hat seine Arbeiten heute beendet. Die Tagesordnung für die nächste Session enthält folgende Punkte: 1. Rechte und Pflichten der Neutralen, 2. Verhältnisse gegen solche Staaten, die ihren finanziellen Verbündeten nicht nachkommen und 3. Prohibitionbestimmungen bei Handelsverträgen. — Angeblich soll der Belagerungszustand in Florenz am 27. August, in Mailand am 3. September aufgehoben werden. — Nach einer Meldung aus Söhl ist zwischen der österreichischen Regierung und dem französischen Geschäftsträger ein Vereinbarung getroffen, bezüglich Anstellung eines französischen Beirats für Postangelegenheiten.

## Oesterreich-Ungarn.

Es wird fortbelagert.

**Zemberg.** 25. August. Der Statthalter von Galizien erklärte gestern einer Deputation, er könne gegenwärtig einen Autzug auf Aufhebung des Ausnahmestandes nicht stellen, da die Gemüter noch derartig aufgereggt seien, daß die Aufhebung eine ernste Gefahr herbeiführen könnte. Die Einstellung der Tätigkeit der Geschworenengerichte sei unmöglich notwendig, sie habe nur die Sicherheit einer völlig objektiven Rechtsprechung bezieht.

Infame Maßregeln sind nie infamer verteidigt worden. Die Unterkette knebelt Bauernschaft und Arbeiter, natürlich nur im Interesse der „Ordnung“.

## Frankreich.

Esterhazy. — Das Kesseltreiben der Generalstäbler.

**Paris.** 24. August. General Florentin führte den Vorstoß in dem Untersuchungsgerichte gegen Esterhazy. Als Zeugen wurden der Oberst des 74. Infanterieregiments und General Bellieu vernommen.

Das Urteil wurde General Burlinden mitgeteilt, der es Cabaignac übermittelte. Dieser wird morgen oder Freitag seine Entscheidung treffen.

Der Generalrat des Départements Sarthe nahm einstimmig einen Beschlusstanztag an, durch den die Regierung erachtet wird, die entschiedenen Maßregeln im Interesse des Vaterlandes zu ergreifen, um dem „systematischen Feldzuge gegen die Armee“ ein Ende zu machen.

Diese Beschießerei wird planmäßig getrieben.

## Italien.

### Klassenjustiz.

= Rom, 22. August. Der Kassationshof verwies mit dem heutigen Urteil den Rekurs der Mailänder Journalisten, die von jetzt ab das eigentliche Kerkersleben antreten.

## Kleine Chronik.

**Leipzig.** 25. August.

— **Vom Katholikentag.** Gestern vormittag wußtahrteten die Befürderer des Katholikentages zur Abweisung nach Nivelles. Ein Wunder scheint nicht geschehen zu sein. Aber nachmittags 5 Uhr waren die Wälder wieder soweit hergestellt, daß die dritte Generationsversammlung beginnen konnte.

— **Vom Rennbäddinn.** Wenn Paris einen Beweis von Verücktheit liefert, darf Berlin nicht zurückstehen. Auch Berlin kommt sein 24-Stunden-Rennen. Am Mittwoch den 21. und Donnerstag den 22. September wird in Halensee bei Berlin 24 Stunden lang um die Wette geradelt werden. Dann werden sich ähnliche wälderische Scenen ereignen wie bei den Schindereinen in Paris, von dem wir kürzlich berichtet, und Berlin kann sich etwas darauf einstellen, hinter Paris nicht zurückzustehen.

— **Der Dienstunzug in Frankreich.** Welcher Missbrauch mit den akademischen Palmen, die zum Tragen eines violetten Bandchens oder einer Rosette ermächtigen, seit einigen Jahren getrieben wird, ist eine Statistik, die der Temps veröffentlicht. In den letzten 15 Jahren hat sich danach die Zahl der „Offizielle des öffentlichen Unterrichts“ — so heißen die Träger der Rosette — sich mehr als verdreifacht. Im Jahre 1888 wurden nämlich deren 551, 1889 schon 779 und 1897 sogar 1888 mit dem Orden besäuft. Im Jahre 1888 gehörten nur 251 Personen dem Lehrerstande an, während 300 dem Unterrichtswesen gänzlich fernstanden. Unter den neuen Offiziellen des Jahres 1897 waren 258 dem Lehrerstande und nicht weniger als 790 anderen Berufskräften angehörende Personen. Der Unterrichtsminister Bourgeois wollte daher das richtige Verhältnis wieder herstellen, indem er kürzlich verfügte, daß die Hälfte der „Palmen“ fortan wieder den Lehrern und Lehrerinnen zu teilen werden müßt.

## Humoristisches.

Der Kommerzienrat Löb Weilchenstengel ist geahndet worden. Als er mit seinem Erstgeborenen bei Hofe vorgestellt werden soll, sagt der Late zum Sohne: „Sigileben, geh' du voran, du hast Ahnen!“

Am 25. August wird aber der Rekurs von Turati und De Andreis entschieden werden. Nachdem sich die Richter des Kassationshofes in den Kopf gesetzt haben, daß sie nur über Überschreitung der Besitznis und über Jurisdicition des ersten richterlichen Urteils zu entscheiden haben, nicht aber über einfache Gesetzesverlebungen, so ist auch für die Appellanten am 25. d. M. wenig Hoffnung auf günstigen Entschied.

## Großbritannien.

### Ein liberaler Wahltag.

**London.** 25. August. Bei der Erstwahl für das Unterhaus, die durch die Ernenntung Turzons zum Vicekönige von Indien in Southport nötig geworden war, siegte der Radikale Sir Mansor Leyland mit einer Mehrheit von 272 Stimmen über den Konservativen Lord Skelmersdale.

## Nußland.

### Partische Siedlungspolitik.

Die russische Auswanderungsbewegung, die sich bisher besonders nach Sibirien und dem Amurgebiet richtete, wird jetzt von der Regierung zum Teil nach Nordchina und der Mandchurie gelehrt. Längs der im Bau begriffenen Bahnen sollen russische Ansiedlungen entstehen und auch um Talienvan und Port Arthur werden russische Orte angelegt. Die russische Regierung sucht dazu nur militärisch ausgebildete Ansiedler, wie es für Sibirien in den Grenzgegenden, in Mittelasien u. s. w. geschehen ist. Sie werden meist aus den Kleinrussischen Dörfern entnommen. Es werden dann Stanzen errichtet, die Bewohner bleiben steuerfrei, erhalten noch Zusätze von der Regierung und bilden eine ähnliche Art Grenztruppe, wie einer Zeit in der österreichischen Militärgrenze. Gewöhnliche Bauern braucht Russland für China nicht, denn Bauer, die nur diesem Verlust obliegen sollen, brauchen in das übervölkerte China nicht eingeführt zu werden. Siedelt doch die russische Regierung Massen von Chinesen und Koreanern im Amurgebiet an!

Mit den militärisch ausgebildeten Kosaken, die längs der mandchurischen Bahn angegliedert werden, rückt aber auch die russische Staatsgewalt gegen Osten vor, und selbst wenn ein Abkommen mit China nicht besteht, sollen diese chinesischen Provinzen ganz von selbst in den Machtbereich des zaristischen Reiches.

## Vom Katholikentage in Breslau.

Die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland war von 2000 Personen besucht. Der „für Sozialreform und zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründete“ Verein zählt gegenwärtig 180385 Mitglieder. Davon entfallen auf Rheinland 58876, Westfalen 31919, Bayern 19012, Württemberg 21275, Baden 10670, Hannover 10198, Hessen-Darmstadt 3770. In seiner achtjährigen Tätigkeit hat der Verein 21 Millionen „soziale Schriften“ verbreitet und 6000 Versammlungen in Stadt und Land abgehalten. Seine Hauptthätigkeit war der „Fortführung der ins Stocken geratenen Sozialreform und der Abwehr der Sozialdemokratie“ gewidmet. Der Verein zählt 300 Bezirksleiter und 7-8000 Vertreter aus ganz Deutschland. Im letzten Jahre wurden 600 „Volksversammlungen“ durch den Verein veranstaltet, besonders in Württemberg. Druckschriften wurden 2½ Millionen verteilt, darunter 1½ Millionen sozialpolitischer Flugblätter, deren es 16 verschiedene gibt. In 250 Zeitungen wurden Artikel sozialpolitischen Inhalts gefunden. 1779 sozialwissenschaftliche Bücher wurden aus der Vereinsbibliothek verliehen. Im ganzen wurden bis jetzt durch den Verein 25 Volksbüros gegründet. Jungen Theologen, die Nationalökonomie studieren, wurden Stipendien verliehen.

Die Rechnungsbilanz ergab eine Einnahme von 150760 M. und eine Ausgabe von 112188 M.

Der Vorstand wurde hierauf einstimmig wiedergewählt. Die beiden Vorstehenden sind demnach Franz Brants-M.-Gladbach und Karl Trimborn-Köln. Ferner gehören dem engeren Vorstand an Prof. Franz Hiße, Dr. Aug. Pieper und Joh. Eltan-Köln.

Dr. Karl Bachem klagte, daß das genossenschaftliche Leben noch so wenig entwickelt sei. Keiner dürfe aber nur in seiner Genossenschaft arbeiten, das führe zu dem von der Sozialdemokratie gesuchten Klassenkampf, sondern jeder müsse auch außerdem für seine Familie, seine Stadt und den Staat thätig sein. Einseitigkeit sei unbedingt zu vermeiden. Leider herrschen Vorurteile sowohl bei den wohlhabenden Klassen wie bei den Arbeitern. Wenn aber in allen „Ständen“ die soziale Gesinnung geweckt und gefestigt sei, dann werde es immer wieder vorwärts gehen, und die Pausen im Fortschritte würden immer kürzer werden.

Außerdem sprachen der Kapuzinerpater Auracher und Abg. Groeber, der sich gegen den Gedanken des Liberalismus wandte, der zur Sozialdemokratie führt. Weihbischof Dr. Schmit sprach in scharfen Worten gegen das katholische Philisterium, wie sich es in den Turn-, Radfahr- und Gesangsvereinen, den Männern des ewigen Platzes und Karnevals, repräsentiere und bei den Wahlen einen wahren Ballast bilden und den Glauben durch Judenpolitik kompromittieren.

In der zweiten geschlossenen Versammlung wurden die bekannten Anträge in Bezug auf die Presse erörtert. Ein Resolution verlangt lebhafte, daß in katholischen Familien die sogenannte „parteiliche, farblose Presse“ immer noch eine unverhältnismäßig weite Verbreitung finde. Es wurde empfohlen, der eigenen Presse durch Abonnement, Empfehlung, Nachfrage in Gasthäusern und auf Bahnsteigen, ferner auch durch Insrieren und Mitarbeit kräftig und nachhaltig zu immer größerer Verbreitung und Bedeutung zu verhelfen.

Bei der Erörterung des Missionswesens wurde insbesondere der Förderung der katholischen Interessen im heiligen Lande gedacht und der Antrag auf größere Beihilfe der Gemeinden und des Staates zur Gründung und Unterhaltung konfessioneller Schulen und Seelsorgerstellen angenommen. Andere Anträge betreffen den Schutz der deutschen Katholiken in Paris, begründen die Gründung des Komitees für die Errichtung einer Heilanstalt bei Werden für Alcoholkranke katholischer Konfession. Endlich wurde die Unterstützung des am 19. August zu Freiburg in Schlesien gegründeten internationalen katholischen Mädchenpädagogieverbundes empfohlen.

Zur zweiten öffentlichen Versammlung am Dienstag sprach Universitätsprofessor Dr. Schröder-Bonn über die „christliche Kunst, ihre Entwicklung, Hindernisse und Förderung“. Der Kulturmäpf habe dazu beigegeben, die sogen. moderne Kunst,

die die Fleischlust und die Sinnlichkeit kultiviere, in den Vordergrund zu schieben. Die Zeitschrift „Die Jugend“, die dieser Richtung huldige, habe 70000 Abonnenten und werde selbst von den „gebildeten Ständen“ gelesen. Leider gehe auch die Kunst nach Brot. Das deutsche Volk sei durch eine sogen. neue Kunstrichtung sittlich vergiftet. Angesichts dieser Umstände rufe er aus: Alle christliche Kunst kommt herbei und rette uns. Katholiken! Eine tausendjährige christliche Kunst sieht auf uns herab!

Abg. Mören sprach darauf über die Universalität der katholischen Kirche und die nationale Frage mit besonderer Berücksichtigung der österreichischen Frage, erklärte es ganz „nau“ unter anderem für Pflicht von Deutschland und Österreich, die italienische Regierung zu veranlassen, die weltliche Souveränität des Papstes wieder herzustellen.

Abg. Grüber sprach über die Staatskunst der Katholiken, insbesondere ihrer Vertreter in der Centrumspartei. Das Centrum sei keine konfessionelle, sondern eine politische Partei. Er erwähnte, daß zwei protestantische Mitglieder im Centrum gewesen seien, v. Gerlach in Berlin und Schulze in Baden. Wenn Fürst Bismarck länger im Amt geblieben wäre, dann hätte er vielleicht vollständig die Kulturmäpf abgebaut, während seinen Nachfolgern die nötige Courage gefehlt habe. Gerade zur Zeit des ersten Kulturmäpf habe der Gründer schwedel in höchster Blüte gestanden.

Bei der gestrigen dritten öffentlichen Generalversammlung wurde die Antwort auf das „Huldigungstelegramm an den Kaiser“ verlesen. Sie lautet: Potsdam, 24. August. Se. Majestät der Kaiser und König lassen der 45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands für den telegraphischen Ausdruck treuer Ergebenheit bestens danken. Auf allerhöchsten Befehl gez. v. Buccanus.

Die Antwort des Kaisers auf das „Huldigungstelegramm der katholischen Arbeiter“ lautet: Se. Majestät der Kaiser und König haben sich allerhöchstvollest über den Huldigungsgruß der katholischen Arbeiterversammlung gefreut und lassen für diese Kundgebung treuer Anhänglichkeit danken. gez. v. Buccanus.

Im Antwort auf die Huldigung des katholischen Arbeiter handelt der Papst den apostolischen Segen.

Im weiteren Verlaufe der Versammlung sprachen Pfarrer Lengerwoort aus Emmerich über den Beruf der Frauen in sozialer Beziehung, Fabrikant Nogens aus Haaren (bei Aachen) über die Vertretung des katholischen Volkes in Handel und Industrie, und schließlich Pfarrer Lehnen aus Coblenz über die Freiheit der Schule und des Unterrichts auf allen Stufen.

## Ein christlicher Bauernverein.

Infolge der großen Erfolge des bayerischen Bauernbundes, dessen Agitation sich hauptsächlich gegen das Centrum richtete, hat sich das bayerische Centrum zu energischer Gegenarbeit aufgerichtet. Es hat, wo es ging, christliche Bauernvereine gegründet und dieser Tage in Regensburg einen christlichen Bauernverein des Königreichs Bayern aufgeladen, der bereits 37800 Mitglieder zählen soll. In Regensburg ist auch ein Programmenvorschlag festgestellt worden, der nach den Schablone der bauernbündlerischen Entwürfe gearbeitet ist, viel christliche Phrasen enthalten und eine Reihe vernünftiger politischer Forderungen bauernbündlerischer Programme, wie allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Landtagswahlrecht bezeichnenderweise übergeht.

Nach dem Entwurf bezweckt der christliche Bauernverein „das Bauernwohl oder die Erhaltung eines christlichen, patriotischen und wirtschaftlich fröhlichen Bauernstandes.“

Auf diese Definition folgen unter der Überschrift: „An Gottes Segen ist alles gelegen“, eine Reihe christlicher Forderungen. Jedes Gegebot soll auf seiner Einlang mit den christlichen Grundlagen geprüft werden. Ferner wird „Erhaltung und bez. Wiederherstellung der konfessionellen Gemeindechule“ gefordert u. s. w. Folgt ein kurzer Abschnitt: „Wir wollen bayerisch bleiben“, wort „treupatriotisches“ Festhalten an König und Vaterland gefordert wird. Der dritte Abschnitt heißt: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!“ Darin wird gehandelt von Agitation, Raiffeisenvereinen, An- und Verkaufsgenossenschaften, guten (d. h. Centrum-)Wohlen u. s. w. Ein etwas arg-bunter Abschnitt. Zu einem vierten Abschnitt wird zusammengefaßt, was die christlichen Bauern vom Landtage und vom Reichstag fordern. Sie fordern:

A. Vom bayerischen Landtag:

1. Gerechte Besteuerung, zunächst Abminderung der Grundsteuer;
2. Baldmöglichste Beseitigung der Bodenzinsen; 3. Beschleunigte Ausdehnung des Lokalbahnhofs; 4. Erhöhung der direkten Lieferung landwirtschaftlicher Produkte an alle staatlichen Anstalten; 5. Erleichterung auf dem Gebiete des Gebührenwesens; 6. Tarifvergünstigung für landwirtschaftliche Genossenschaften in Notlagen und zum Zwecke des Saatgutwechsels; 7. Erablehne Zuschüsse zu landwirtschaftlichen Zwecken, insbesondere zur Landwirtschaftsbank, zur Centralstelle der Darlehensvereine, zur Viehversicherung, zur Hagelversicherung; 8. Erleichterung einer staatlich geleiteten Mobiliarversicherung; 9. Entschädigung der Viehhalde durch die Maul- und Klauenseuche aus der Staatskasse; 10. Festlegung eines Schuldenmaximums bei Güterübernahmen (Anerbenrecht); 11. Beiziehung des standesherrlichen Grundbesitzes zu den Gemeindeumlagen, auf dem Wege einer staatlichen Regelung; 12. Festlegung einer Grenze, über die hinaus Fideikommiss nicht vermehrt oder vergrößert werden dürfen; 13. Strengere Maßregeln gegen Bücher und thümliche Einschränkung der gewerbsmäßigen Güterschlachterei; 14. Schutz der Landwirtschaft in den höchst möglichen Zuständen des Dienstbotenwesens; 15. Entschiedene Wahrung aller bauerlichen Holz-, Streu- und Weiberechte. Wohlwollende Verstärkung der bauerlichen Holz- und Streu-Bedürfnisse bei Ausführung der Staatsbauungen; 16. Abschaffung der Grenzen gegen gefährliche Viehseuchen; zehntägige Kontumaz; 17. Lebensmittelzulagen; 18. Dolarisationspflicht bei allen Fälschungen landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere bei Kunststoffen; unentgeltliche Unterforschung aller landwirtschaftlichen Bedarfssorten auf Fälschung; 19. Einschränkung der Pensionierungen.

B. Vom deutschen Reichstag:

1. Höchste Sparanstrengung im Aufwande für Militär und Marine;
2. Freiwilligste Beseitigung der Bodenzinsen für die Landwirtschaft; beziehungsweise Erleichterungen für die Landwirtschaft in den Versicherungsbeiträgen; 3. Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Schuhjölle und deren Erhöhung, wo es möglich erscheint;
4. Ablehnung aller Handelsverträge und Meistbegünstigungsverträge, insoweit sie die Landwirtschaft benachteiligen; 5. Dauernde Beiziehung der Staffelltarife; 6. Wiedereinführung des Identitätsnachweises;
7. Festlegung eines bestimmten Wertverhältnisses zwischen Gold und Silber durch internationale Abmachungen; 8. Ermäßigung der Braunitwertsteuer für die Kleinbrenner, die nur selbstgebautes Material verarbeiten; 9. Beiziehung der Mühlenfontos, Zollkredite und gemischten Transfertager.

Sämtliche Forderungen werden schließlich unter den einen Hut gebracht: „Überhaupt die nächste Zukunft vorzugsweise der Landwirtschaft. Gott segne den ehrenamen Bauernstand!“

Wie man sich überzeugen kann, ist das Programm nach Form und Inhaltslug berechnet für die bayerischen Bauern. Es wird sich nur zeigen, ob die Demagogie des Centrums, das für seinen Besitzstand spricht, namentlich bei den bayerischen Landtagswohnen, noch so viel Macht auf die fünfzig gewordenen Bauern ausübt, daß das weitere Vordringen des bayerischen Bauernbundes verhindert wird. Auf alle Fälle wird man das Treiben der agrarischen Centrumsdemagogogen im Auge behalten müssen.

Zu der 14. Forderung an den bayerischen Landtag: Schutz der Landwirtschaft in den höchst mitschönen Zuständen des Dienstbotenwesens, berichtet die Münchener Post:

Diesen Absatz und die einzigen centrumspatriotischen Maßnahmen in seinem Sinne wird man sich namentlich bei uns genauer ansehen und eventuell mit dem Versuch einer Organisation der ländlichen Tagelöhner, Arbeiter u. s. w. beantworten müssen.

## Der spanisch-amerikanische Präliminarfrieden.

Von den Philippinen.

London, 24. August. Das Neuterritorial Bureau meldet aus Manila: Die Führer der Aufständischen erklären nachdrücklich, sie seien willens, mit den Amerikanern zusammen zu gehen, und würden sofort die Waffen strecken, wenn sie die Gewissheit haben würden, daß die Philippinen amerikanische oder britische Kolonie oder Schutzgebiet werden. Andernfalls würden sie sich durchaus weigern, die Waffen niederzulegen, und würden einen ernsten Aufstand innerhalb eines Monats erregen, wenn die Amerikaner sich zurückziehen sollten. Die Spanier scheuen sich, in neuere Unternehmungen sich einzulassen wegen der Unsicherheit der Lage; die geistlichen Orden schüren den Widerstand gegen jede Änderung des alten Regimes.

## Soziale Rundschau.

Aus Russisch-Polen, 24. August. Die Steinlohsengruppe Kasimir bei Niemce in Russisch-Polen ist unter Wasser gesetzt. 300 Bergleute sind nach dem Oberschlesischen Tageblatt in der Grube ertrunken.

Die Hamburger Drechsler sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern neunstündige Arbeitszeit, 40 Pf. Mindeststundenlohn, 25 Prozent Lohnauszug für Arbeit nach Feiertag, 50 Prozent für Sonntagsarbeit.

In Kassel ist der Streit der Bau- und Erbarbeiter beendet. Die Klempner und Justizlakatoren haben beschlossen, die Arbeit niedergelegen.

Zu Wehlheiden-Kassel sind die Sattler der Kossler- und Taschenfabrik Schübeler u. Brauf in eine Lohnbewegung eingetreten.

Mainz, 24. August. Zur zweiten Assistentin für die hessische Gewerbeinspektion ist ein Fr. Schumann aus Mainz ernannt worden, die bisher als Schneiderin thätig gewesen ist.

Von der Wohnungsnöt. In Speyer hat das Bezirksamt an die dortigen Industriellen eine Umfrage gerichtet über die Wohnungsvorherrschaft der Arbeiterbevölkerung.

Aus Schweden. Auf dem Kongress der schwedischen Fachvereine ist beschlossen worden, daß jeder Verein, der seinen Anschluß an die Landesorganisation der Fachvereine melde, der schwedischen sozialdemokratischen Partei angehören muß. Der Anschluß an die Partei soll in den nächsten drei Jahren vollzogen werden. Nach Mitteilungen der Frankfurter Zeitung beurteilt die liberale Presse den Beschluß sehr abprechend, und die Unternehmer sollen nur Gegenmaßregeln denken.

## Aus der Partei.

Zur Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen. Ein Parteikonferenz für den Wahlkreis Minden-Bünde beschloß,

die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen in der Weise vorzunehmen, daß so viel wie möglich eigene Wahlmänner aufgestellt werden; in denjenigen Wahlbezirken, wo dies nicht möglich ist, kann für die freisinnigen Volkspartei gesammelt werden, wenn deren Landtagskandidaten sich verpflichten für den Fall ihrer Wahl in den Landtag, für die Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts, wie jedes für die Wahlen zum Reichstag bestellt, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Wahlmänner entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelfall weiter zu schwächen oder zu befehligen. Wird eine solche Erklärung nicht abgegeben, so ist lediglich die Wahl eigener Wahlmänner zu betreiben und in allen anderen Wahlbezirken sowie bei der Abgeordnetenwahl, strikte Stimmenthaltung zu üben.

Nach der Diskussion, in der sich verschiedene Genossen für ein Kompromiß dem Kurfürsten Konferenz entsprechend aussprachen, andere Genossen jedoch jeden Kompromiß verwiesen, wurde ein Antrag angenommen, wonach die Konferenz zu dem Antrag der Kurfürsten Konferenz

die Beteiligung an der Landtagswahl hat auf Grund eines Wahlbündnisses mit der freisinnigen Volkspartei zu erfolgen, demgemäß gemeinsame Wahlmänner aufgestellt werden und der Sozialdemokratie eine entsprechende Anzahl von Abgeordnetenmandaten eingeräumt wird, ihre Zustimmung erklärt.

Das Hamburger Echo schreibt in einer Befreiung des Singerschen Artikels:

Es ist die höchste Zeit, daß die Partei aus diesem durch die Kunst der Beschluss-Auslegung herbeigeführten Dilemma herauskommt! Entweder — oder! Entweder die Partei verzichtet auf die Beteiligung, was sie kann, ohne sich im geringsten zu schädigen und was der aus dem Parteitagsbeschluss hergelöste Zwang zur Aufstellung eigener Wahlmänner für die meisten Parteigenossenschaften so wie so mit sich bringt. Oder die Partei tritt lediglich unterstützend für andere Parteien ein, in Gemäßigkeit den dafür von Anfang an gemachten Erwägungen. Eine andere Wahl kann es vernünftiger und logischerweise nicht geben.

Wie die Dinge nun einmal sich gestaltet haben, bei der Entscheidung der Ansichten über die Art der Beteiligung sowie die Beteiligung überhaupt, können wir uns von einer solchen die Erfolge nicht mehr versprechen, die wir vorausgesetzt haben.

Darüber wird sich wohl niemand mehr täuschen, daß der Beschluss des Hamburger Parteitages bei seiner durch Deutung noch vermehrten Unschärfe seinen Zweck, eine allgemein gültige praktische Richtschnur zu geben, versieht hat.

Die Görlitzer Genossen beschlossen am Sonntag die Gründung einer Tageszeitung. Der Unternehmer, ein Dresdener Parleigense, glaubt schon mit einem Abonnementstand von 3000 anzukommen, doch verlangt er als Sicherheit für einen etwaigen allzu großen Verlust einen Garantiefonds von 4000 M., der vollständig zurückgezahlt werden soll, sobald die Zeitung

durch genügende Abonnementzahl auf festen Fußen steht. Die 4000 Mark sollen bis zum 1. Oktober ausgebracht werden durch Ausgabe von Börsen von 1, 2, 3, 4 und 5 Mark. Das Blatt soll vom 1. November ab zum Quartalspreise von 1.80 Mark erscheinen.

Wenn die Görlitzer Genossen eine Ahnung davon hätten, bemerkte dazu die Breslauer Polizeiwacht, mit welchen Schwierigkeiten ein sozialdemokratisches Blatt zu kämpfen hat, so würden sie sich nicht so optimistischen Hoffnungen hingeben. An die Rentabilität des geplanten Unternehmens glauben wir nicht. Wir haben auch nicht unterlassen, den Görlitzer Genossen unsere Erfahrung auf dem Gebiete des Zeitungswesens fand zu thun. Die warnende Stimme ist jedoch überhört worden. Wir wünschen unseren Genossen viel Glück; möchten sie nie Ursache haben, den Schritt zu bereuen.

Cottbus, 24. August. Am Dienstag stand Genosse Otto Antrek (Berlin) vor dem hiesigen Landgericht, weil er am 26. Mai 1897 in Spremberg gelegenhaft einer Kritik der polizei und Gendarmerie des Kreises Spremberg beleidigt haben sollte. Urteil: 300 Mark Geldstrafe.

Von einer zweiten Anklage, die Cottbuser Polizeibeamten beleidigt zu haben, wird Antrek freigesprochen.

In Schwerin ließ der Vertrauensmann Kosz am Stichwahltag einen mit Plakaten besetzten Möbelwagen durch die Straßen fahren, der die Wähler auf unseren Kandidaten aufmerksam machen sollte. Das Schöffengericht erblieb hierin einen öffentlichen Aufzug, der polizeiliche Genehmigung erforderte hätte. Da diese nicht eingeholt war, wurde Kosz zu 20 M. Geldstrafe oder fünf Tage Gefängnis verurteilt. Das Landgericht entschied ebenso.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Summe der Einkünfte des Königreichs Sachsen stellt sich nach den Einschätzungen für das Jahr 1897 auf 2.058.976.000 M. Hierzu entfielen auf das Einkommen aus Grundbesitz 299.890.000 M., aus Renten 250.188.000 M., aus Gehalt und Löhnen 912.793.000 M. und aus Handel und Gewerbe 506.105.000 M. Nach Abzug der Schulden in Höhe von 156.878.000 M. verblieb ein steuerpflichtiges Einkommen von 1.902.598.000 M. Gegen das Vorjahr ist das steuerpflichtige Einkommen um 109.919.000 M. gestiegen.

Musteranstalten sollen bestmöglich die staatlichen Betriebe sein. Wie wenig die sächsischen Eisenbahnbetriebe auf diese Bezeichnung Anspruch erheben können, zeigt die Thatsache, daß 425 Beamte eine plausimäßige Dienstdauer von 15 Stunden zu absolvieren haben. Wie lange die Dienstdauer überhaupt ausgedehnt werden darf, sagt der soeben erschienene Jahresbericht der sächsischen Staatsbahnen nicht. Der Beamtenkörper beziffert sich auf 12.817 Personen, unter Hinzunahme der Unter- und Hilfsbeamten auf 36.713 Personen.

Ein düsteres Kapitel in dem Berichte über die sächsischen Staats- und Privatbahnen bildet die ziffernmäßige Auflistung über die im Jahre 1897 vorgelkommenen Eisenbahnunfälle. Man zählte deren 20; allerdings sind dies bloß jene Unfälle, bei denen Menschen verletzt oder getötet wurden. Unverhüllt erlitten Verleihungen 11 Menschen und 8 Bahnenbeamte. Zwei Bahnarbeiter wurden getötet. Wie der Bericht weiter hervorhebt, sind durch eigene Schuld überwiegend 4 Menschen, 35 Bahnanstellte und 14 fremde Personen getötet und 156 Bahnanstellte mehr oder minder schwer verletzt worden. Die Gesamtzahl der 1897 durch die Eisenbahn Getöteten beläuft sich mithin auf 55 Personen.

Dresden, 24. August. Der Wasserstand der Elbe ist ein so niedriger, daß vorgestern zwei Schleppzüge an der Augustusbrücke festhielten. Nur unter schweren Mühen gelang es, wieder loszulommen.

-r. Pirna, 24. August. Bei einem auf dem Rittergut des benachbarten Nottmendorf dieser Tage stattgefundenen Scheunenbrande waren viel Neugierige, darunter gegen 200 Steinbrucharbeiter (meistens Tschechen), aus den nahen Steinbrüchen herbeigeeilt. Diese fremden Steinbrecher, die mit auf dem Hof standen, wurden nun, da es an Löschmannschaften mangelte, angegangen, mit zu helfen. Das fiel aber diesen Arbeitern gar nicht ein; sie waren vielmehr sehr ungehalten, daß man solche Zumulungen an sie stellte. Sie wurden deshalb fortgewiesen, doch gingen sie nicht, sondern singen an zu singen und zu schimpfen. Zwei anwesende Gendarmen waren machtlos. Endlich drängte man die Aufrührigen mit Hilfe der Feuerwehr mittels eines Seiles zum Hof hinaus. Einer der am meisten Schimpfenden wurde verhaftet. So weit der Vorgang, bei dem neue Arbeitersich gewiß sehr unverhüllt benommen haben. Der Pirnaer Anzeiger schreibt dazu: "So benimmt sich das tschechische Gelände bei uns." So sagt man jetzt, nachdem die Leute solche Seiten hervorgehoben. Wer hat aber diese Tschechen hereingelöst? Das waren die Herren Steinbruchbesitzer, als die einheimischen Arbeiter seiner Zeit, um eine minimale Verkürzung der Arbeitszeit und ein paar Pfennige Lohn mehr zu erlangen, zum Streik greifen mußten. Da hat man die Tschechen nicht "Gelände" genannt, sondern sie mit offenen Armen empfangen, um sie gegen die deutschen Arbeiter auszuspielen. Der Pirnaer Anzeiger hat damals alle nur erdenkliche Rücksicht bei diesem Vorgehen geleistet, und in allen Tonarten das hohe Ziel von den anspruchslosen tschechischen Arbeitern gesungen.

-r. Bautzen, 24. August. Das Verteilen von sozialistischen Wahlflugschriften gelegentlich der Reichstagswahl wird von sächsischen Gerichten konsequent weiter als "grober Unzug" betrachtet und bestraft. Der Döpfer Werner aus Bischofswerda hatte am 8. Mai, einem Sonntag, mit seinem noch unmündigen Sohne Flugblätter für den sozialistischen Kandidaten, Genossen Höppner, ausgeteilt, und zwar noch vor dem Gottesdienst in dem Dorfe Bautzen. Dadurch soll aber eine Anzahl Personen "belästigt" worden sein. Das Schöffengericht zu Bischofswerda verurteilte Werner deshalb zu drei Tagen Haft. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde vom hiesigen Landgericht verworfen. Der Beweis der "Belästigung" wurde unter anderem darin erblickt, daß die beiden Flugblattverteiler thäglich mißhandelt worden sind. Auch nicht über. Weil sie beim Flugblattverbreiten mißhandelt worden sind, sollen sie nun auch noch wegen "groben Unzugs" bestraft werden. Das Landgericht begründete sein Urteil auch mit analogen Entscheidungen des Oberlandesgerichts. Auch diese Art der Begründung ist sehr ungünstig, indem es sich hier um Flugblattverteilern während der Wahlperiode handelt. Die bekannten Urteile des Oberlandesgerichts beziehen sich nicht darauf. Das wäre

noch schöner, wenn selbst der höchste sächsische Gerichtshof solche mit den diesbezüglichen Reichsgesetzen nicht in Einklang stehende Urteile der vorderen Instanzen bestätigen wollte.

Auerbach, 24. August. Die Vernichtung der kleineren Betriebe durch die größeren bestätigt für die Wäschefabrikation hierzu auch der Bericht der Plauenschen Handelskammer. "Einige größere Auerbacher Geschäfte fertigen noch ziemlich viel Herrenwäsché, doch sei die Fabrikation seitens kleinerer Betriebe aufgegeben worden." — Neben die Löbne bezüglich der Herstellung von dunklen Chemisettes über lesen wir: "In Auerbach und Umgegend seien mit der Herstellung dieser dunklen Chemisettes einige Hundert Arbeiter beschäftigt, deren Löbne sich natürlich denjenigen der übrigen Arbeiter der Auerbacher Industrie anpassen. Wochenhöhe von 10 Mark seien durchaus nicht ungewöhnlich."

so. Aue, 24. August. Zwei hiesige Genossen hatten wegen Ausstragern von Wahlflugschriften je 30 M. Strafe erhalten, denn sie sollten dadurch, daß sie die Blätter "ohne Ansehen der Person" jedem übergeben, groben Unzug verübt haben. Das Amtsgericht Schneeberg hatte auf eingegangene Berufung die Genossen von diesem Vergehen freigesprochen. Doch der Amtsgericht legte gegen dieses Urteil Berufung beim Landgericht Bautzen ein und dieses setzte die Strafe auf je 10 M. event. zwei Tage Haft fest. Im übrigen wird nach dem Ausfall der leichten Reichstagswahl (wir hatten gegen die vorige Wahl eine Bünzahne von 400 Stimmen zu verzeichnen) die Bekämpfung unserer Partei energisch betrieben. So ist es zur Zeit unmöglich, auch nur das kleinste Volksfest zu einer Vereinsversammlung zu erhalten. Eine kürzlich glücklich arrangierte Versammlung wurde verboten, weil das Volksfest zu klein sei. Und dabei fährt es circa 300 Personen — So wird hier die politische Meinung der Mehrheit der Einwohner (es gab für den sozialistischen Kandidaten 301 Stimme Majorität) respektiert.

**kleine Nachrichten aus dem Lande.** In Großschweidnitz bei Löbau ist jetzt mit dem Bau der neuen Landesirrenanstalt begonnen worden. Die ganze Anstalt wird aus 25 villenartigen Häusern bestehen, die, von einem Baum umschlossen, gleichsam eine Kolonie für sich bilden; das Wohnstättengehäuse wird etwas absatz liegen. — In Oberoderwitz hat ein Arbeiter eines seiner erst einige Monate alten Zwillingstinder, das mit ihm in einem Bett schlief, im Schlaf erstickt. — In Spittelgrund bei Glauchau schlief der Witz in eine Bauhütte, in der sich zehn Arbeiter befanden. Nicht wurden teils schwer, teils leicht verletzt. — Die Untersuchung gegen den Stahlbauer Beichel, der des Lustmordes an der 21-jährigen Bahnwärterstochter bei Hainichen verdächtigt ist, naht sich dem Abschluß. Den Vernehmen nach hat sich das Beweismaterial derart gehäuft, daß der noch immer leugnende B. von den im nächsten Monat zusammenstehenden Geschworenen schuldig gesprochen werden dürfte. — Wegen Gottesträstern wurde der Körtschneidebäcker aus Riesa aus dem Lande geschieden. — In Wilkau wurde der Konsumverein mit einer 2prozentigen Umsatzsteuer belegt.

g. Halle a. S., 24. August. Der frühere Haltor der konserватiven Halleischen Zeitung und frühere Kassierer des Gutenbergbundes (Buchdruckerverein) Adolf Ernst Hilbisch wurde in heutiger Strafkammerprüfung wegen Unterschlagung zu 100 M. Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis verurteilt; der Staatsanwalt hatte 8 Monate Gefängnis beantragt. Der Angeklagte hat im April d. J. als Kassierer des Gutenbergbundes 350.89 M. Quartalsbeiträge unterschlagen. Er wollte diesen Betrag als "Darlehen" genommen und bona fide gehandelt haben. Das Gericht schenkt ihm aber keinen Glauben und erachtete die böse Absicht als erwiesen.

## Allgemeiner deutscher Schneider- und Schneiderinnenkongress.

Mannheim, 28. August.

**zweiter Tag.** Nachdem von Sabath-Hamburg erstatteten Bericht der Preßkommission hat die Fachzeitung eine Auflage von 9500 Exemplaren. Die Druckkosten betragen 3 Pf. für das Exemplar und 38 Pf. für das Vierteljahr. Es wurde beschlossen: "Die Fachzeitung soll in Zukunft in achttäglich Format erscheinen und aus allen Zweigen unseres Berufes regelmäßige Situationsberichte bringen. Die endlosen Leitartikel sollen wegfallen und kurze klar geschriebene an deren Stelle gebracht werden; insbesondere soll den Arbeiterinnen inhaltlich mehr Beachtung getragen werden. Die Fachzeitung hat mehr als bisher geschenkt die gesetzlichen Waffen für den Kampf zu liefern. Das Format soll künftig das der Holzarbeiterzeitung sein." Der Sitz des Fachorgans wird Hamburg, der Redaktor Stühmer bleiben.

Ein Antrag Reichshaus, der die Herausgabe von Volks-Fachblättern beschränkt und weitere Neugründungen von der Zustimmung der Verbandsleitung und der Preßkommission abhängig machen will, wird nach längerer, teilweise sehr erregter Debatte abgelehnt.

Darauf berichtet Stühmer-Hamburg über den internationalen Arbeiterschulkongress in Bülach und die internationale Schneiderkonferenz in London. Er ist der Ansicht, daß vorläufig an die Schaffung einer festen internationalen Organisation, wie sie von einer Seite in Anregung gebracht war, noch nicht zu denken ist; die Hauptfache muß vorerst der bessere Ausbau der nationalen Organisationen bleiben.

In der Nachmittagsitzung gab Fräulein Baader eine kurze Übersicht des Berichts Frau Klara Beckins über die internationale Schneiderkonferenz in London.

In der Abstimmung wurde das Provisorium der Frau Klara Beckin als korrespondierendes Mitglied des internationalen Schneiderkongresses genehmigt. Stühmer-Hamburg bleibt internationaler Korrespondent der deutschen Schneider. Ferner wurden die Kosten für die deutsche Ausgabe eines von dem internationalen Sekretariat beschlossenen Fragebogens über die Lage der Schneider aller Länder bewilligt.

Holzhausen-Fleensburg referiert sobann über das neue Innungsgesetz und unsere Stellung dazu.

Nach längerer Debatte, in der hauptsächlich die Frage der Schiedsgerichte, des Arbeitsnachwuchses und der Herbergen erörtert wurde, wird folgende Resolution angenommen: "Der allgemeine deutsche Schneider- und Schneiderinnenkongress muß das Innungsgesetz als total verfehlt bezeichnen. Das Gesetz ist keineswegs geeignet, den handwerksmäßigen Betrieb neu zu beleben oder gar die wirtschaftliche Existenzfähigkeit der Handwerker zu sichern. Trotzdem empfiehlt der Kongress den Kollegen allerorts die Beteiligung an allen Wahlen zu den Innungen und deren Nebenkörperschaften in jeder Weise im Sinne der Arbeiterbewegung zu wahren und zu fördern."

Die Einberufung des nächsten, in 2 Jahren abzuhalgenden Kongresses wird Stühmer-Hamburg übertragen.

Damit war die Tagesordnung des Kongresses erledigt, und der Vorsitzende schloß ihn mit einem Hoch auf die Organisation der Arbeiter.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. August.

Die Protestsversammlung der deutschen Wollwarenfabrikanten gegen den Wollzoll, die am 20. August in Leipzig stattfinden sollte, ist infolge persönlicher Umstände bis auf weiteres verschoben worden.

Der Landesverein der Hausbesitzer Sachsen wird sich infolge Wegfalls des Verbindungsbüros politischer Vereine wieder in einen Verband der Hausbesitzervereine Sachsen umwandeln.

Sämtliche Leipziger Innungen mit Ausnahme der Barbier- und Friseurinnung, die "freie" Innung bleiben will, haben den Beschluss gefasst, ihre Umwandlung in Zwangsinnungen zu vollziehen. Als letzte hat die Leipziger Glaserinnung in diesen Tagen sich in demselben Sinne schlüssig gemacht. Die nötigen Vorarbeiten sind erledigt. Die neue Organisation wird am 1. Oktober d. J. in Kraft treten.

Vor dem Reichsgericht findet am 26. September der Landesvertragsprozeß gegen den Wirt Mindorf aus Werbiers statt.

Das Fahrrad ist nunmehr in den Dienst der Leipziger Feuerwehr infolge einbezogen worden, als nach eingetretener Feuermeldung ein Fahrer sofort dem abgehenden Löschzug vorausfert, um sofort die nötigen Anordnungen zu treffen. Die Maßregel hat auch ihren Grund mit darin, daß noch immer Bürgernände Falschmeldungen über Großfeuer dadurch veranlassen, daß die öffentlichen Feuerwehren in Betrieb gebracht werden. Ist der Alarm also ein falscher, so veranlaßt der Radfahrer die Heimkehr der ankommenden Mannschaften.

Bleuchtet die Treppen! Mit der Abnahme der Tage und dem früheren Eintritt der Dunkelheit werden sich alsbald wieder die Klagen über verpätete oder mangelhafte Beleuchtung der Haus- und Treppenläre erheben. Es sei zur Meldung von Polizeistrafen, empfindlichem Schadenlosigkeit und Schmerzensgeldern, namentlich im Interesse aller Haushalte oder deren Stellvertreter darauf hingewiesen, daß jeder Eigentümer eines Grundstückes bzw. dessen Verwalter verpflichtet ist, die Haus- und Treppenläre angemessen zu erleuchten und zwar schon vor Eintreten völliger Dunkelheit. Die Beleuchtung hat auf sämtlichen Treppenabsätzen und Fluren, die jedermann zugänglich sind, also gleichsam dem öffentlichen Verkehr dienen, zu geschehen. Die Beleuchtung muß nach den gesetzlichen Bestimmungen eine derartige sein, daß ein deutliches Erkennen der beleuchteten Raumlichkeiten möglich ist. Für Unfälle, die durch Nicht- oder mangelhafte Erfüllung dieser Bestimmungen verursacht werden, ist der Haushalt oder dessen Stellvertreter regelhaftig und kann bei strenger Handhabung des Gesetzes einer empfindlichen Strafe verfallen.

Die Einfahrt in Deutschland, in einer einzigen Nacht 1898 schon einen sehr bedeutenden Umlauf angenommen hatte, dürfte sich zweifellos durch die große Höhe der letzten Zeit noch wesentlich heben. Nachdem die technischen Errichtungen für den Gütertransport in den letzten Jahren wesentlich vervollkommen worden sind, ist es jetzt möglich, ohne zu großen Verlust durch die Einwirkung der Außentemperatur größere Mengen Nahrung, sowohl per Schiff als auch per Bahn, auf große Entfernung hin zu versenden. So wie großes Maßstab dies schon heute geschicht, dafür liefern die Einfuhrzahlen den besten Beweis. Insgesamt wurden fast drei Millionen Doppelcentner im Wert von etwa vier Millionen Mark eingeführt, wovon allein auf Norwegen über zwei Millionen Doppelcentner entfallen, also etwa dreiviertel der gesamten Einfahrt. Interessant sind dagegen die Zahlen für den gleichen Zeitraum des Vorjahrs; es wurden nämlich 1897 nur 89295 Doppelcentner eingeführt, die einen Wert von nur 118000 Mark hatten, also nur  $\frac{1}{3}$  der diesjährigen Einfahrt.

Krieg im Frieden. Die diesjährigen Brigadeübungen, Divisions- und Corpsmanöver finden voraussichtlich zumeist in den Fluren der Umgegend von Taucha, Bwenau und Liebertwolkwitz in der Zeit vom 2. bis 15. September d. J. statt. Die Amtshauptmannschaft findet sich infolgedessen vorbereitet, zum Zweck thunlichster Beschleunigung der im Verlaufe der Übungen unvermeidlich austretenden Flurschäden folgendes bekannt zu machen: 1. Alle Feldfrüchte, deren Reifezustand die Überführung zuläßt, sind bis zum Abend vor Beginn der Übungen zu entfernen, bzw. in Feime zu seien; wird dies unterlassen, so kann ein Schadenanspruch nicht geltend gemacht werden. 2. Die nachträgliche Beeinträchtigung von Arbeiten und Aufwendungen durch die Übungen, von denen die Interessenten sich hätten sagen müssen, daß solche durch Übungen der nächsten Tage voraussichtlich gestört werden würden, begründen einen Anspruch auf Schadensabholung gleichfalls nicht. 3. Für Blurbeschädigungen, die durch Buschauer verursacht werden, können Vergütungen nicht gewährt werden. 4. Felder mit werwollerem Früchten und Kulturen (Kapssaat, Samenklee, Buckwheat, junge Holzapflanzungen — Schämmungen etc.), die nicht betreten werden sollen, sind durch Aufstellen von drei Meter hohen Strohwischen in aufsichtiger Weise deutlich kennlich zu machen. 5. Das Aufstellen von Büschen in kleinen Kartoffels- und Krautfeldern, wie es häufig in den Gemeinden geschieht, hat keinen Zweck, da dergleichen Stücke sich genügend kennzeichnen und doch nicht allenfalls geschont werden können. 6. Alle Kultursachen, die Unglücksfälle verursachen können, wie Bützige, Eggen, Walzen u. s. w., sind für die Zeit der Übungslage von den Feldern und Wiesen zu entfernen und in den Gehöften unterzubringen. 7. Steinbrüche, Sandgruben und sonstige gefährliche Stellen sind durch kleine schwarze Flaggen oder Einzäunungen kennlich zu machen. 8. Zeit zur Wahrnehmung des Polizeibüros befreit, durch Anklagen von weitem Metalle kennlichen Militärpersonen stehen alle Besitznisse eines Landgendarms zu; auch ist d. den bezüglichen Anweisungen der Gendarmerie und der Ortspolizeiwerke unvermeidlich Folge zu leisten.

Die Reservisten werden in diesem Jahre in den Leipziger Regimentskommandos am 19. September entlassen werden. Die Einstellung der neuen Rekruten sowie der Freiwilligen erfolgt am 15. Oktober.

Ein strenger Winter in Sicht! Die Ebereschen haben in diesem Jahre so massenhafte Früchte angelegt, daß das Volk der Drosseln, das sich im Winter vorzugsweise von diesen Beeren nährt, einen gut gedeckten Tisch vorfindet. Dieser reiche Fruchtaufzug soll nun einen strengen Winter bedeuten. Tatsache ist, daß in den beiden letzten Jahren, die sehr schwache Winter brachten, die Ebereschen so gut wie gar nicht fringen.

Über den Verlauf der „Zwischenexpedition“ wird uns bald noch berichtet: Hier schlossen sich ein sächsischer Staatsanwalt und der Verteidiger des Krause, ferner ein Karls-

bader Gerichtsbeamter, Polizeiinspektor Deb und zwei Polizeiagenten der Kommission an. Krause, der gefesselt war und die rechte Hand an den Körper angeleitet trug, führte nun die Kommission nach Drahowitz, dann über Wehedy, von da nach Salzhof. Dort gab er die Erklärung ab, daß weiter hinaus ein Versteck nicht sein könnte; er glaubte, daß die Stelle durch einen Straßeneinsturz markiert sei. Von Salzhof abwärts fuhr die Kommission bis Merkelsgrün bei Orlitzstadt, wo Krause eine Stelle bezeichnete, auf der die Zweige unbedingt vergraben seien. Es war dies eine große Wiese. Als Krause aber den Punkt zeigen sollte, wo die Preises liegen, erklärte er plötzlich: Ich weiß es nicht mehr! Er sah, daß seine weiteren Hinweise ihm nichts nützen und so sagte er schließlich, daß er überhaupt der Dieb gar nicht sei, sondern sein Complice Piotrowski; er habe, als er auf seinem Rad hier vorbeifuhr, nur gesehen, wie Piotrowski etwas vergrub; ob es die Zweige waren, konnte er nicht sagen. Die Kommission hielt die Erfolglosigkeit jedes weiteren Suchens ein, und die drei sächsischen Beamten transportierten den Krause nach Johanngeorgenstadt, von wo er nach Waldheim behufs Abbildung seiner achthalbjährigen Buchthausstrafe übergeführt wurde. Daß Krause das Versteck genau weiß, darüber kann kein Zweifel herrschen, die Existenz hat er jedenfalls nur deshalb unternommen, um, wenn möglich, zu flüchten oder, was wahrscheinlicher ist, um sich zu überzeugen, ob das Versteck noch intakt ist. Den letzten Zweck durfte er vielleicht erreicht haben.

Wegen Reinigung der Räume bleibt die Geschäftsstelle der Wasserwerksverwaltung in Magdeburg am Montag den 5. September für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Erweiterung des Fernsprechverkehrs. Zwischen Leipzig und den Orten Flöha (Sachsen) sowie Jägersgrün ist der Fernsprechverkehr eröffnet worden. Die Gebühr für das gewöhnliche Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt nach beiden Orten eine Mark.

Bei der außerordentlichen Höhe der letzten Tage stellten ja vielfach Hitzeschlag und Sonnenstich ein. Menschen fehlten bei derartigen Erkrankungen sinkt: brennender Durst, große Müdigkeit, Schwäche, schwacher Blutschlag und gerötete trockene Haut. In solchen Fällen ist die erste Bedingung, daß der Patient an einem möglichst kühlen Ort ruhig hingelegt wird. Die Kleider müssen geöffnet und dem Erkrankten muß schlüssig weißer Wasser gereicht werden. Nach Anwendung dieser Mittel wird der Unfall bald vorübergehen. Läßt man sie unbeachtet, so tritt leicht der Fall ein, daß der Kranken das Bewußtsein verliert, der Atem geht dann im schnellsten Tempo und es tritt bei ungünstiger Behandlungsweise oft der Tod ein.

Bei dem gestrigen Gewitter schlug in der Nähe des Bahnhofs ein Blitz in einen Motorwagen der Großen Leipziger Straßenbahn. Dank der guten Ableitungsvorrichtung, mit denen die Motorwagen versehen sind, wurden die Insassen des Wagens nicht verletzt, doch mußte der Wagen außer Betrieb gesetzt werden.

Kunststurz. In dem von den Bauunternehmern Lange und Schlegel aufgeschafften Neubau an der Ecke der Ulmanns- und Schnorrstraße in Schleusingen stürzte heute vormittag gegen 10 Uhr in der dritten Etage die Balkendecke ein, die auch einen Teil des Männerwands mit sich riß. Die Steinmetzwerker Jesp aus Connewitz und Thiele aus Gautzsch verunglückten dabei. Der erstere erlitt einen Schenkelbruch und wurde ins Krankenhaus gebracht, der letztere erlitt eine Rippenverletzung und sonstige Verlebungen, die ihm herabfallende Ziegelsteine zufügten. Er wurde in seine Wohnung transportiert. Vermöglich ist die Ursache des Unglücks auf Überlastung zurückzuführen. Ein dritter Arbeiter konnte sich durch einen Sprung aus dem Fenster vor dem herabfallenden Material noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Der lebensmüde Markthäuser aus Neustadt, Marktstr. 32, der kürzlich wegen andauernder Krankheit einen wiederholten Selbstmordversuch gemacht hatte und deshalb ins Krankenhaus gebracht worden war, ist dort seinem Leidens erlegen. Als Todesursache wurde Darmtuberkulose festgestellt.

Eine schwierige Arrestur. Eine aufregende Scene spielte sich am Dienstag gegen Abend in einer Wohnung der Mittelstraße ab. Ein 48 Jahre alter Schuhmacher aus Niegolewo, der sich aus einer hiesigen Anstalt, in der er untergebracht ist, eigenmächtig entfernt hat und deshalb von der Polizei gesucht wurde, war von einem Schuhmunk arreliert worden. Als er dem Polizeiamt zugeführt werden sollte, leistete er den beständigen Widerstand, weshalb noch ein zweiter Schuhmacher geholt werden mußte. Darauf drang der Unhold mit einem Messer auf die Beamten ein und zerstach ihre Uniform mehrfach. Nur mit größter Anstrengung war es möglich, den Wütenden zu bewältigen. Gefesselt und mittels Transportwagens wurde der Arrestant schließlich dem Polizeiamts zugeführt.

Verhaftet wurde jener Bismarckmann aus der Südstraße, der nach einem Streit mit seiner Frau Betteln und Kleidungsstücke in Brand gesteckt und dann die Wohnung verlassen hatte. — Wegen dringenden Verdachts, aus einem Geldbrief 50 M. gestohlen zu haben, erfolgte die Verhaftung eines 17jährigen Schreibers aus Trebnitz, der in Comptoir einer Maschinenfabrik zu Meudnitz beschäftigt war.

## Gerichtsaal.

Landgericht.

Leipzig, 24. August.

Wohlfelles Schwarzfleisch. Am 15. Juni d. J. wurde der 17 Jahre alte Fleischergeselle Hugo Otto Seifert aus Döbernitz von dem Fleischermeister L. in Wölau entlassen. Ihm kam die Entlassung ungelegen, weil er sich gerade einen Anzug schaffen wollte. Anderen Tages kam er mit Kollegen und zwar dem 18jährigen Fleischergesellen Otto Lehmann aus Großgrimma und dem 19jährigen Fleischergesellen Friedrich August Hugo Walther aus Hessen zusammen. Im Verlaufe der Unterhaltung wurde festgestellt, daß seine Kollegen an demselben Nebel, der Geldnot, litt und um so bereitwilliger wurde darauf eingegangen, sich durch einen Diebstahl die fehlenden Moneten zu verschaffen. Noch in derselben Nacht führten sie ihre Absicht aus. Gegen Mitternacht suchten sie den Fleischermeister L. in Mockau auf und stahlen aus einer Kammer 27 Stück Schwarzfleisch im Wert von gegen 150 M. Walther war mit dem 34 Jahre alten Restaurantier Möller aus Rötha bekannt. Sie brachten das Fleisch nach seiner in Sellerhausen gelegene Restaurant und verkauften es an L. für 78 M. Den Erlös haben sie geteilt. Die Diebe und der Helfer wurden

sehr bald ermittelt und das Schwarzfleisch mit Beschlag gelegt. Bei dieser Gelegenheit fanden sich auch im Klüfferschen Hotel sechs Schweißkeulen und vier Stück Schweinsbauch. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß W. die vier Schweißkeulen dem Fleischermeister L. am 28. Mai gestohlen und durch einen unbekannten Gesellen an Klüffer für 45 M. verkauft hatte. Ebenso hatte L. einem fremden Fleischer zwei Keulen gestohlen und an Klüffer für 10 M. verkauft. Die Berlinersträflinge B. verurteilte wegen Diebstahl Seifert zu einem Jahr, Lehmann zu zwei Jahren sechs Monaten, Walther zu einem Jahr neun Monaten und Möller wegen Diebstahl zu zehn Monaten Gefängnis. Lehmann und Möller wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei bzw. ein Jahr aberkannt. Von der Untersuchungshaft wurden den ersten drei je ein Monat, bei L. zwei Wochen auf die Straßen angerechnet.

Einfacher oder schwerer Diebstahl? Der 18jährige unbescholtene Schreiber Karl Rudolf M. aus Zwickau hatte nach zwei Monaten Stellenlosigkeit bei dem Fleischermeister F. Duarler genommen. Anderen Tages gingen seine Wirtsleute aus. Mittels falschen Schlüssels öffnete er die Wohlstube und entnahm der Kommode einen Hundertmarkchein, verließ das Lokal und wandte sich nach Berlin. Dort wurde M. zwar verhaftet, der Hundertmarkchein war aber längst verbraucht. Die Öffnung eines Behältnisses zum Zwecke eines Diebstahles qualifiziert sich als schwerer Diebstahl. M. bestreit aber entschieden, die Wohlstube stehlenhalber mit dem falschen Schlüssel geöffnet zu haben. Er habe, so erklärte er, nur seine Neugierde befriedigen und „stänken“ wollen. Seine Angaben konnten ihm nicht widerlegt werden. Da so die Gestaltung mangelt, daß L. die Thüre geöffnet habe in der Absicht zu stehlen, so kann der Gerichtshof dazu, M. nur wegen einfachen Diebstahls zu fünf Monaten Gefängnis zu verurteilen. Zwei Wochen der Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet.

## Gemeinde-Zeitung.

Ab den Ratssitzungen. Für die Herstellung eines Schuppens auf dem Mühlbergischen Grundstück in L. Lindenau zu Zwecken der Deconome-Inspektion verfügte der Rat einen Kostenbeitrag von 5000 M. — Der Schuhstreifen an der östlichen und nördlichen Grenze des Kreises der projektierten Heil- und Versorgungsanstalt in Döben soll mit Bäumen besetzt werden. Hierfür bewilligte der Rat den Kostenbetrag von 2375 M. Zu beiden Beschlüssen ist Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich.

Der Rat genehmigte die Witte des Allgemeinen Turnvereins in L.-Völkmardorf um Erhöhung des dem Verein bewilligten Darlehens von 18000 auf 25000 M.

## Vereine und Versammlungen.

Mitgliederversammlung der Freien Turner am Sonnabend den 20. d. M. im Restaurant W. Spich, Seeburgstraße. Vor Eintritt in die Tagessitzung gebüte der Vorsitzende mit kurzen, anerkannten Worten des kürzlich verstorbenen Turngenossen und früheren 2. Bezirksvorsitzenden K. Goehle. Die Anwesenden erhoben sich von ihren Plätzen. Der 1. Punkt der Tagessitzung fand seine Erledigung in der Nachwahl eines Mitgliedes zum Kreishauptmann der Arbeiter-Turnzeitung. Beim 2. Punkt: Stellungnahme zum Bundes-Turntag, begründete der Vorsitzende eine vom Bezirkstaat eingebrachte Resolution, dahingehend, daß die Delegiertenwahlen zum Bundes-Turntag in anderer Weise als früher vorgenommen werden sollen. Hiermit konnten sich fast alle Redner nicht einverstanden erklären und sandten einen Antrag Annahme, daß die Wahls in der bisher üblichen Weise stattzufinden haben. Beschlossen wurde, 3 Delegierte zum Bundes-Turntag nach Nürnberg zu entsenden. Zum 3. Punkt: Verschiedenes, lagen eine Anzahl Wünsche und Anträge vor, die in einer weiteren, innerhalb 3 Wochen stattfindenden Bezirkssitzung erledigt werden sollen. Beschlossen wurde, alle in der Stadt Leipzig stattfindenden Bezirkssitzungen im Turnlokal der 1. Turnersitzung, in der Thüringer Dorfschule (früher Volksschule), Kreuzstraße, abzuhalten. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß die Agitation in letzter Zeit gute Früchte gezeigt habe und schloss die gut besuchte Versammlung mit dem Wunsche, daß jeder Turngenosse auch fernerhin bestrebt sei, für die freie, volkstümliche Turnerei und die nächste Versammlung besuchen. — Anschließend hieran seien mir noch einige kurze Bemerkungen erlaubt. Obwohl die freie Turnerschaft bereits einen achtunggebietenden Erfolg zu verzeichnen hat, so muß man leider nur zu oft die Wahrnehmung machen, daß ein sehr großer Teil der aufgeklärt sein wollenden Turner sich noch in Vereinen befindet, deren Grundsätze mit ihren Anhängerinnen als Arbeiter in schroffen Gegensatz stehen. Und warum verbleiben die betreffenden Arbeiter noch in Vereinen, in denen jedes freie Wort verboten ist? Meistens deshalb, weil sie von Jugend auf sich in diesen Vereinen befinden, hier Freundschaften geschlossen haben etc.; sie sind zu einer Zeit eingetreten, wo es Arbeiter-Turnvereine resp. einen Arbeiter-Turnerbund noch nicht gab, und nun fällt es schwer, sich zu trennen. Deshalb kann man die Wahrnehmung machen, daß in den Arbeiter-Turnvereinen resp. in den Turnersitzungen — wenigstens im Leipziger Bezirk — die jüngeren Leute die Mehrzahl bilden. Obwohl nun ja der Jugend die Zukunft gehört, so ist es doch Pflicht jedes aufgeklärten Turners, den Vereinen sich anzuschließen, wo ein Maßvorhang nicht besteht. Wir haben allerdings noch keine Turnhallen, erhalten auch keine städtische Unterstützung etc., aber doch haben wir schon aus eigener Kraft soviel erreicht, daß jeder Turner bei uns dieselben Geräte vorfindet, wie in den meisten deutschen Turnvereinen. Deshalb, ihr Arbeiterturner, heraus aus den deutschen Turnvereinen, trete ein in die Arbeiter-Turnvereine, in den Arbeiter-Turnerbund. Trägt jeder aufgeklärte Turner sein Schildlein in die Arbeiter-Turnvereine, so sind auch wir in der Lage, geräumige Turnlokale resp. Hallen uns zu verschaffen. Also beherige jeder freiheitlich gesinnte Turner vorliegende Zeilen, lese er sie nicht bloß, sondern handle auch danach C. K.

In der östlichen Holzarbeiterversammlung vom 20. August im Coburger Hof hielt Genosse Friedrich Geyer einen sehr lehrreichen Vortrag über die sächsische Vereinigungsnovelle und die Arbeiterorganisationen. Er erörterte eingehend die Handhabung des sächsischen Vereinigungsgesetzes und die Entstehung der Novelle sowie deren Vor- und Nachteile. Die Aushebung des Verbindungsbüros kommt besonders den Gewerkschaften zu gute, die nun mehr im Stande seien, sich feste Centralisationen zu schaffen. Den Ausschluß der Minderjährigen aus politischen Versammlungen verzichte die Arbeiterbewegung zu vorlernen. In Gewerkschaftsversammlungen mühten die Minderjährigen doch zugelassen werden, und falls eine falsche behördliche Aufstellung dies unmöglich zu machen versuche, werde man den Kampf bis zur höchsten Instanz führen. Ergebe die Gewerkschaften seien berufen, die Kampf für eine Erweiterung der Bewegungsfreiheit zu führen und gleiches Recht für alle Staatsbürger zu erringen. Den von reichen Bürgern begeleiteten Vortrage folgte eine lebhafte Debatte. Kollege Umbreit wünschte, daß die Gewerkschaften nunmehr die Rechte der Novelle gründlich ausüben und sich als Zweigvereine ihrer Centralisation anschließen möchten. Um ein einheitliches Vorgehen zu sichern, sei eine sächsische Landeskonferenz der Holzarbeiter baldigst einzurichten. Auf jeden Fall müsse der Kampf energisch aufgenommen

ind nicht aus Schen vor künftigen Gesetzesauslegungen auf die Ausnutzung der neuen Rechte verzichtet werden. Die Kollegen Weisch und Wilsdorf hatten ebenfalls die Einberufung einer Landesversammlung für notwendig, warnen aber vor Überstürzung, da man die Organisationen mit großen Mitgliederzahlen nicht der behördlichen Interpretationskunst preisgeben dürfe. Kollege Gerde erklärt sich gleichfalls für die Errichtung von Zollstellen; während Kollege Umbert auf das Vorgehen seiner Gewerkschaften, insbesondere der Bildhauer, Glaser u. s. m. hinweist, die bereits die Gründung von Zollstellen beschlossen hätten. Er wirft die Frage auf, ob man die kleinen Berufe als „Versuchstierchen“ betrachten wolle, aber ob es nicht vielmehr Pflicht der größten, bestorganisierten Berufe sei, als Pioniere voranzugehen und den kleineren freie Fahrt zu erkämpfen. Im Schlusshohe gab der Referent Genosse Geyer noch einige Ratschläge in Bezug auf die Taktik der Gewerkschaften bei Ausnutzung der neuen Rechtslücke. Es werde nicht möglich sein, überall sofort einheitlich vorzugehen, denn man müsse auch die Erfahrungen berücksichtigen, die im Kampf mit der behördlichen Auslegung nicht lange aus sich warten lassen werden. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab die Streitteilung der Modellstädter Bericht über den Stand des Streits, wonach noch im Streit verharren 24 Mann: 12 Verhältnisse mit 18 Kindern und 12 Ledige. Bis in die vergangene Woche sind 29 abgereist. In ganzen belauschen sich die Ausgaben auf 1652 M. 18 Pfg. Unter Gewerkschaftlichem wurde bekannt gegeben, dass die bemannte wichtige Holzarbeiterversammlung Dienstag den 30. August in der Flora stattfinde. Vor Schluss der gut besuchten Versammlung wurde noch zur regen Abnahme der beim Gewerkschaftsfest angesetzten Photographien ernahmt.

Eine öffentliche Gärtnerversammlung fand am 18. August in Döhl im Gashof zum Reiter statt, die mäßig besucht war. Kollege Weiß referierte über das Resultat des Gärtnerfestes. Redner führte aus, dass es ein durchaus nicht fruchtloses Thema des Gärtnerfestes sei, über Hochschulfragen zu verhandeln, dass es vielmehr sehr angebracht wäre, zuerst für eine allgemeine bessere Bildung der Gehilfen Sorge zu tragen, bevor man an die Hochschulfrage herantrete. Auch sei es durchaus nicht Sache der Gehilfen, sich mit der Schulzollfrage zu beschäftigen. Dies sei speziell Sache der Unternehmer, die allein Nutzen daraus ziehen. Es würde zwar immer von Seiten der Unternehmer und des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins (der Kirch-Dörlener Organisation) behauptet, dass, wenn die Arbeitgeber besser gestellt seien, sie ihren Gehilfen bessere Löhne zahlen könnten. Dies sei aber durchaus hinfällig. Schon jetzt seien die Unternehmer meist so gestellt, dass sie ihren Gehilfen bessere Löhne zahlen könnten, was sie aber niemals freiwillig thun würden, solange sie die Gehilfen nicht als fest organisierte Masse führen, die nicht bitte, sondern fordere. Weiter bemerkte Redner, dass auf dem Gärtnerfest die Zeit mit Sachen vergendet worden sei, die ohne Nutzen für die Gehilfen waren, dass aber, als schließlich über Gehilfenfragen verhandelt werden sollte, die Herren Delegierten so abgespannt gewesen seien, dass von einer Seite der Antrag gestellt wurde, die Redegut auf 5 Minuten zu kürzen, während ein anderer beantragte, über diesen Punkt nur  $\frac{1}{2}$  Stunde zu verhandeln. Redner tadelte aufs Schärfste das Verhalten des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins, der zwar immer angebe, für die Interessen der Gehilfen einzutreten, um neue Mitglieder zu fördern, durch sein Verhalten am Gärtnerfest aber bewiesen habe, dass er durchaus nicht für Gehilfeninteressen zu haben sei, sondern nur die Interessen der Prinzipe vertrate. In der Diskussion, in der sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aussprachen, wurde erwähnt, dass die Handelsgärtner Süddeutschlands sich gegen einen Schulzoll erklärt hätten. Unter Gewerkschaftlichem wurde erwähnt, dass die Handelsgärtner Braunschweig und Bapstorf, beide in Döhl, Sonntags während der Kirchzeit arbeiten lassen. Gestad wurde auch noch die Interessellosigkeit der Gehilfen, die keiner in einem Regelklub gingen als dass sie zur Versammlung kämen.

Eine öffentliche Zimmererversammlung fand am 23. August im Saale des Goethenhalls. Nach Eröffnung wurde das Ableben des Kameraden Baumann durch Aufstellen von den Blumen geehrt. Unter Gewerkschaftlichem erstattete die in der vorigen Versammlung gewählte Kommission Bericht über die Arbeitszeit sowie Thätigkeit des Geschäftsleiters. Die Arbeitszeit wählt früh von 9—1 Uhr, nachmittags von 4—8 Uhr und Sonntags von 11—12 Uhr. Während dieser Zeit sind alle Beschwerden und Unregelmäßigkeiten auf Bauten und Plänen, sowie Betrittsverlängerungen und die Entrichtung der Wochenbeiträge in unserem Bureau, Goethenthal, Dijonstrasse 36, anzu bringen. Alle Beschwerden über den Geschäftsführer sind dem Agitationskomitee zu überweisen. Ferner wurde der Wunsch ausgedrückt, die nächste Versammlung im Norden stattfinden zu lassen. Auch wurde das Verhalten der Kameraden von Vogel und Schumann gerügt, die immer wieder Überstunden machen. Am 23. August wurden sogar bei Zimmermeister Schumann abends um  $\frac{1}{2}$  8 Uhr noch Bassen gelegt. Der Vertrauensmann erschien die Kameraden, die Programme vom letzten Fest bis spätestens Sonnabend retournieren. Zum zweiten Punkt referierte Kamerad Bringmann über das Thema: Die Situation im deutschen Bauwesen und die Ausgaben der Zimmererbewegung. Er legte in längeren Ausführungen den Kameraden klar, dass die Situation im Bauwesen momentan eine gute ist, vergaß aber auch nicht darauf hinzuweisen, dass die Kapitalisten jetzt schon anfangen, in Vorstreckung von Baugeldern retourzuhalten, um dadurch eine künstliche Wohnungsnar zu erzeugen, um den Wert der Grundstücke ins unermeßliche zu steigern. Er wies ferner darauf hin, dass heute von den Kapitalisten Streiks provoziert werden, um dadurch bessere Preise zu erreichen. In Stuttgart, Brandenburg, Magdeburg etc. sperrten die Unternehmer resp. Kapitalisten sämtliche Arbeiter im Bauwesen aus, ebenso in Orten, wo die minimalsten Forderungen von den Arbeitern gestellt wurden, nur um dadurch ihren Zweck, bessere Preise, höhere Eträge ihrer angelegten Kapitalen zu erreichen. Zum Schluss seiner Ausführungen schilderte der Referent noch die Aufgaben der Zimmererbewegung und legte klar, dass nur eine stramme Organisation im stande ist, bei der heutigen Situation für die Zimmerer etwas zu erreichen. Nachdem noch verschiedene Kameraden sich im Sinne des Referenten geäußert hatten, schloss der Vorsitzende mit einem Appell an die Kameraden, den gehörten Vortrag zu beherzigen, die Versammlung.

Eine öffentliche Bauhandarbeiterversammlung fand am Sonntag den 21. d. M. vormittags im Goldenen Ring. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete der Revisor der Centralstiftung Kollege M. Helm's Bericht. Er giebt an, dass er Marken sowie Gold in guter Ordnung vorgefunden habe. Hierauf wurde dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Zum 2. Punkt erhielt Kollege Töpfer über das diesjährige Sommerfest Bericht. Auch dieser Bericht wurde für richtig befunden und dem Festkomitee Decharge erteilt. Unter Gewerkschaftlichem teilte Kollege Töpfer noch mit, dass ein Hamburger Kollege in nächster Zeit Leipzig auf einer Agitationstour berührt wird, auch hier soll eine Agitationssveranstaltung stattfinden. Zu diesem Zweck sollen Handzettel gedruckt und verbreitet werden, um eine gut besuchte Versammlung zu erhalten. (Hoffentlich gewinnen die Kollegen mehr Interesse daran wie bisher.) Nummer d. Schrifts.)

Markleeberg. Sonnabend den 20. August hielt der Gemeindeverein im Gashof zur grünen Erde seine Mitgliederversammlung ab, die leider schwach besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurden fünf Mitglieder einstimmig aufgenommen. Unter Verschiedenem wurden die wichtigsten Bestimmungen des neuen Vereins- und Versammlungsregelns vorgelesen. Der Vorsitzende gab die Ausgaben für das statigebundene Kinderfest bekannt. Die Mitglieder waren, der großen Hitze wegen, nicht länger zusammenzuhalten, weshalb der Vorsitzende die Versammlung schloss.

Quiettung. In der Zeit vom 7. bis 17. August gingen bei den unterzeichneten Kommissionen folgende Beiträge ein. Auf Liste 236: 11,50; 22,50; 252; 14,75; 253; 12,05; 288; 12,25; 229; 3,00,

279; 18,80; 275; 4,71; 243; 10,20; 236; 11,50; 271; 15,10. Von den Arbeitern der Maschinenfabrik Preuse u. Co. auf Liste 171, 280; 289 zusammen 33,80; 245; 20,10; 246; 3,85; 285; 3,70; 286; 12,10; 287; 8,75; 221; 8,05; 250; 5,40; 251; 9,45.

Die Lohnkommission der Modellstädter Leipzigs.

## Von Nah und Fern.

Eine allgemeine Störung des Straßenbahnbverkehrs mit oberirdischer Leitung in Berlin war gestern zu verzeichnen. Bereits um 6 $\frac{1}{2}$  Uhr abends ließ die Meldung ein, dass sämtliche 180 im Betrieb befindliche Wagen der Straßenbahn den Dienst versagt haben. Man sah nun überall auf den Straßen die bewegungslosen Gefährte stehen. Über die Ursache der Verkehrsstörung war nichts zu ermitteln.

### Der verliebte Pastor.

Luckenwalde, 24. August. Die plötzliche Amtsniederlegung des Pastors Ebert von der St. Jakobikirche bildet zur Zeit das Stadtgespräch in Luckenwalde. Ebert, der erst einige Jahre am Orte ist, soll zu seiner Nöthe in Abwesenheit seiner Chefran in Beziehungen getreten sein, so dass diese plötzlich den Dienst verließ und Anzeige erstattete. Pastor Ebert ist nach seiner Amtsniederlegung aus Luckenwalde verschwunden und soll sich in Charlottenburg in einer Heilstätte befinden. Vorher ist er jedoch protokollarisch vernommen worden.

Es ist ein beliebter und nicht ungewöhnlicher Kniff auf Seiten-springen extrappten „Respektspersonen“, den „wilden Mann“ zu spielen oder sich in eine „Heilstätte“ zu begeben.

### Croydon.

Das Laboratorium von Albert Alexander, in der Nähe von Königsberg i. Pr. gelegen, ist vorgestern mittag in die Luft gesprengt. Der Besitzer des Laboratoriums und zwei Geiseln wurden weit fortgeschleudert und durch Brandwunden verletzt. Die Stelle, wo das Laboratorium gestanden, zeigt nur noch eine schwärz verlöschte, mit Trümmer bedeckte Fläche an.

### Wauwil.

Olitz, 24. August. In der Wallfahrtskirche auf dem Heiligen Berg brach infolge falschen Feuerlärms eine furchtbare Panik aus. Mehrere Wallfahrer wurden schwer verletzt, ein Kind wurde erdrosselt.

Bozen, 25. Aug. Der hervorragende Bergsteiger Ponteggia ist bei Dossino abgestürzt und war sofort tot.

### Der Fall Sieveking.

Ischl, 25. August. Der protestantische Pianist Sieveking, der wegen eines Streites mit einem katholischen Priester verhaftet worden war, ist, wie die Berliner Morgenblätter berichten, gegen Hinterlegung einer Kanzlei, von der die Stadtverwaltung die Hälfte zahlte, freigelassen worden.

Die Wiener Arbeiterzeitung schreibt dazu: „In Ischl, dem geborenen Ort der Ministerkonferenzen, herrschte gestern abend große Aufregung. Ein Kurgast begegnete am Sonntag einem Kooperator, der eben auf dem Biergang zu einem Kranken begriffen war, und unterließ es, vor dem Geistlichen den Hut abzunehmen. Das ist nun in Österreich eine strafbare Handlung, und es ist daher nicht verwunderlich, dass der Mann — er ist ein Klaviersvirtuose und kommt aus Holland — verhaftet wurde. Er wurde zwar nicht auf freier That festgehalten, aber da zwei Gendarmen ausreichend waren, ihn dingfest zu machen, so wurde er natürlich bald erwischt. Die Verhaftung vollzog sich unter ganz merkwürdigen Umständen. Es fand nämlich am Abend ein Konzert in den Räumen der Ischler Ortsärzte statt, bei dem der betreffende Künstler seine Mitwirkung zugesagt hatte. Die Gendarmen hatten ihn aber bereits den ganzen Tag gefangen, und der sofortige Verhaftung entging er nur, weil sich der Ischler Bürgermeister für ihn einsetzte. Es wurde ihm also gestattet, erst das Konzert zu absolvieren, dann zu soupern, und um halb 12 Uhr nachts wurde er ins Gefängnis geführt. Wir, die wir die rauhe Strenge ausüben können, womit sonst in Österreich Verhaftungen vollzogen werden, sind von der Liebenswürdigkeit der Ischler Gendarmen recht überrascht; ob man wohl einem politischen Redner noch vergönnt würde, ein angesagtes Referat in einer Volksversammlung zu halten, bevor man ihn ins Loch steckt, und ob man ihn so gemütlich „soupiert“ ließe, wie es es in Ischl der Fall war? Merkwürdigweise hat sich der Herr Bürgermeister mit der Intervention bei den Gendarmen nicht begnügt, sondern ist wegen der Sache auch in den kaiserlichen Kabinettssaal und bei Gericht vorstellig geworden, obwohl es klar ist, dass in den regelrechten Gang der Justiz weder die kaiserliche Kabinettssalzlei noch ein Landesgerichtsrat eingreifen darf.“

Eine öffentliche Zimmererversammlung fand am 23. August im Saale des Goethenhalls. Nach Eröffnung wurde das Ableben des Kameraden Baumann durch Aufstellen von den Blumen geehrt. Unter Gewerkschaftlichem erstattete die in der vorigen Versammlung gewählte Kommission Bericht über die Arbeitszeit sowie Thätigkeit des Geschäftsleiters. Die Arbeitszeit wählt früh von 9—1 Uhr, nachmittags von 4—8 Uhr und Sonntags von 11—12 Uhr. Während dieser Zeit sind alle Beschwerden und Unregelmäßigkeiten auf Bauten und Plänen, sowie Betrittsverlängerungen und die Entrichtung der Wochenbeiträge in unserem Bureau, Goethenthal, Dijonstrasse 36, anzu bringen. Alle Beschwerden über den Geschäftsführer sind dem Agitationskomitee zu überweisen. Ferner wurde der Wunsch ausgedrückt, die nächste Versammlung im Norden stattfinden zu lassen. Auch wurde das Verhalten der Kameraden von Vogel und Schumann gerügt, die immer wieder Überstunden machen. Am 23. August wurden sogar bei Zimmermeister Schumann abends um  $\frac{1}{2}$  8 Uhr noch Bassen gelegt. Der Vertrauensmann erschien die Kameraden, die Programme vom letzten Fest bis spätestens Sonnabend retournieren. Zum zweiten Punkt referierte Kamerad Bringmann über das Thema: Die Situation im deutschen Bauwesen und die Ausgaben der Zimmererbewegung. Er legte in längeren Ausführungen den Kameraden klar, dass die Situation im Bauwesen momentan eine gute ist, vergaß aber auch nicht darauf hinzuweisen, dass die Kapitalisten jetzt schon anfangen, in Vorstreckung von Baugeldern retourzuhalten, um dadurch eine künstliche Wohnungsnar zu erzeugen, um den Wert der Grundstücke ins unermeßliche zu steigern. Er wies ferner darauf hin, dass heute von den Kapitalisten Streiks provoziert werden, um dadurch bessere Preise zu erreichen. In Stuttgart, Brandenburg, Magdeburg etc. sperrten die Unternehmer resp. Kapitalisten sämtliche Arbeiter im Bauwesen aus, ebenso in Orten, wo die minimalsten Forderungen von den Arbeitern gestellt wurden, nur um dadurch ihren Zweck, bessere Preise, höhere Eträge ihrer angelegten Kapitalen zu erreichen. Zum Schluss seiner Ausführungen schilderte der Referent noch die Aufgaben der Zimmererbewegung und legte klar, dass nur eine stramme Organisation im stande ist, bei der heutigen Situation für die Zimmerer etwas zu erreichen. Nachdem noch verschiedene Kameraden sich im Sinne des Referenten geäußert hatten, schloss der Vorsitzende mit einem Appell an die Kameraden, den gehörten Vortrag zu beherzigen, die Versammlung.

**Als man Hoschendorfer wied.** Vor kurzer Zeit kaufte ein Stockholmer Buchdrucker auf einer Auktion eine alte Komödie, die früher, als sie noch fein und nobel war, dem König Oskar von Schweden gehört hatte. Als nun der Buchdrucker mit seiner Komödie nach Hause gekommen war, durchsuchte er alle ihre Schubfächer und fand in einem geheimen Fach vergilzte Papiere, auf denen nichts mehr und nichts weniger als eine Komödie zu lesen war. Wer beschreibt nun aber die Freude des Buchdruckers, als er in einer Ecke des Manuskripts den Namenszug des Königs Oskar fand. Es war ihm nun klar, dass er eine Jugendarbeit des fleischig dichtenden Schwedenkönigs in der Hand hiel. Flugs zog der loyale Buchdrucker seinen Rock an und sprang ins Schloss. Der König bestätigte, dass er in jungen Jahren die Komödie geschrieben hatte. Aber es wurde nicht recht klar, ob er sich darüber freute, dass das Manuskript wieder gefunden, oder ob es ihm peinlich war. Da erklärte der loyale Buchdrucker, dass er die Komödie nicht gedruckt habe, und wiederum war nicht klar, ob der König sich freute oder ob es ihm leid tat. Am folgenden Tage aber wurde der brave Buchdrucker zum königl. schwedischen Hofbuchdrucker ernannt, und nun behaupten alle neidischen Buchdrucker, dass er nur deshalb gekommen sei, weil er so direkt gewesen sei, die Komödie des Oskar-Königs nicht zu drucken. Alle schwedischen Buchdrucker aber, die gern Hoschendorfer werden möchten, träumen in ihren glücklichsten Stunden davon, dass sie ein königliches Manuskript finden und es nicht drucken.

**Spielartenfabriken** waren im Rechnungsjahr 1897 (Zeitraum vom 1. April 1897 bis 31. März 1898) innerhalb des deutschen Zollgebiets 88 im Betriebe (gegenüber 84 im Rechnungsjahr 1896), und zwar 8 in Preußen (von denen je 2 in den Provinzen Sachsen und Hessen-Nassau belegen sind, während je 1 auf die Provinzen Pommern, Hannover, Westfalen, Rheinland entfällt), in Bayern und Sachsen ebenfalls je 8, in Baden, Hessen, Mecklenburg je 2, in Württemberg, Thüringen, Braunschweig je 1 Fabrik.

Im Laufe des Rechnungsjahrs sind 472286 Kartenspiele von 30 oder weniger Blättern und 174500 Spiele von mehr als 36 Blättern im Zuland abgesetzt und versteuert worden. 296289 Spiele der älteren und 760081 Spiele der leichten Art sind nach dem Auslande ausgegangen, wohingegen aus dem Ausland 27871 bezw. 14946 Spiele eingeführt wurden und nach Versteuerung in den freien Verkehr getreten sind.

**Eine Hundstagsnacht.** Die neueste Delikatesse auf den Speisekarten der vornehmsten Hotels und Clubhäuser Londons sind Känguruohrhähnchen in Makrele. Sie verdrängen vollständig die bisher so beliebten Oxtails. Dem Känguruohrhähnchen werden Eigenschaften nachgerühmt, die es wahrscheinlich machen, dass er in Kürze einer der geschätztesten Delikatessen europäischer Länder werden wird. Der Schrotz des Känguruohrhähnchen ist unbekannt; er ist aber auch

außerordentlich muskulös und fleischig. Das Fleisch ist sehr sättig und ähnelt im Geschmack etwa dem Kalbsfleisch. In der Nähe des Rückenansatzes befinden sich starke Ablagerungen von Fett, die dem Fleisch beim Braten oder Schmoren einen eigenartlichen Geschmack verleihen. Die Nachfrage nach Känguruohrhähnchen dürfte jedenfalls einen ziemlichen Umfang annehmen, zumal der Preis dafür ein verhältnismäßig niedriger ist. In London werden Exemplare von 5 bis 8 Pfund mit 2 bis 3 Schilling verkauft; das Pfund dieser neuen Fleischsorte würde sich demnach auf nur 4 Pence gleich 8 Pf. stellen. Die Einfuhr des neuen Artikels hat schon ziemlich grohe Dimensionen angenommen.“

**Ein neues Wunder in London.** Also wird berichtet aus London unter dem 18. August dem 19. in Döpfingen, einem hervorragenden schwäbischen Centrumssatt:

„Wolle es gestern scheinen, als würde das besonders für die sterben des Pilgerzuges verrichtete Gebet ohne Erhörung bleiben, so war heute um so gröber die Freude, als um 11 Uhr ein Mädchen von etwa 20 Jahren, das in der Frühe vollständig gesämt liegt die heilige Kommunion in der Rosenkranzstraße empfangen hatte, umgeben von den unmittelbaren Zeugen ihrer wunderbaren Genesung zur heiligen Grotte eilte, um der lieben Mutter Gottes zu danken. Schreiber dieser Zeilen schreibt eben vom Beichtbüro in die Basilika zurück, als ihm ein Herr aus Nürnberg schon von weitem zuwinkte: es ist ein Wunder geschehen und er freudstrahlend und glückwunschend die entgegengestreckte Hand drückte.“

### Briefkasten der Redaktion.

**Notier Holzwurm, Leipzig.** Der betr. Beitrag ist noch mit in die Quittung über die Eingänge im Juni aufgenommen worden.

A. G.

**M. B. B.** Adressieren Sie an die Kaiserliche Postdirektion zu Kiel.

### Auskunft in Rechtsfragen.

**M. B. B. 1.** Wenn Sie ohne Blutzahlung ausgleichen wollen, kann der Hauswirt sein Zurückbehaltungsrecht geltend machen. **2.** Zum Abholen des Blutes ist der Hauswirt nicht verpflichtet. **3.** Nein. **5.** Wenn Sie mit der Stellung einverstanden waren, müssen Sie den Mehrbetrag bezahlen.

**O. M., Liebertwolffwitz.** Sie sind zur Aufnahme der Einquartierung verpflichtet. Ein Gefecht ist an den Gemeindevorstand zu richten.

**G. H. 9.** Nach dem Aufgebot wird in der Regel ein Auge zugedeckt, kann aber verhindert werden.

**M.** Sie können ihr das Betreten der Wohnung vor der Rückung verbieten.

### Verhandlungskalender.

**Donnerstag:** Stellmacher, Römischer Hof, Mittelstraße. Abends 11½ Uhr, Marktstände. **Freitag:** Arbeiterversammlung, Thüringer Hof. Abends 9 Uhr. **Samstag:** Verein Marthaler u. verw. Berufe. Spich, Geburgstr. Abends 9 Uhr.

### Theatervorstellungen.